

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Meinungskampf um Afghanistan-Einsatz: Kriegsgegner gewinnen an Boden – S. 4**
- **Türkei: Staatspräsident Gül reist in Kurdengebiet – S. 8**
- **Köln: Gedenken an Opfer der NS-Justiz – S. 12**
- **Mindestlöhne in anderen EU-Staaten steigen – S. 17**
- **„Flexicurity“: Frontalangriff auf die Beschäftigten oder Gestaltungsfeld? – S. 20**

Ausgabe Nr. 19 am 21. September 2007, Preis 1,80 €

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hamburg@freenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Städte fordern Erhöhung des Wohngeordes

www.staedtetag.de, 14.9. alk. Der Deutsche Städettag fordert eine deutliche Erhöhung des Wohngeldes. Außerdem müssten die zahlreichen Geringverdiener, die derzeit Unterkunftsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SBG II bzw. „Hartz IV“) beziehen, in Zukunft wieder Wohngeld erhalten. „Die Zahl der Wohngeldbezieher ist seit Ende 2004 um zwei Drittel gesunken. Die meisten Geringverdiener beziehen inzwischen Unterkunftsleistungen nach dem SGB II, weil es hier nicht nur einen Wohnkostenzuschuss gibt, sondern Miet- und Heizkosten voll übernommen werden.“

Diese Entwicklung hat niemand erwartet und war vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt“, so Frau Roth, Frankfurter OB und Präsidentin des Städetags. Das Sozialgesetzbuch II sei als Hilfssystem für Arbeitssuchende gedacht, habe sich aber zunehmend zu einem Leistungssystem auch für Erwerbstätige entwickelt. Sozialpolitische wie systematische Gründe sprächen dafür, Haushalte mit Erwerbseinkommen aus dem SGB II zu holen und mit ausreichenden Wohngeldleistungen zu unterstützen. Die Zahl der Wohngeldbezieher (allgemeines Wohngeld) ist zwischen Ende 2004 und Ende 2006 von rund 2,3 Millionen auf etwa 680.000 zurückgegangen. Die Zahl der erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Bezieher („Aufstocker“) ist dagegen zwischen September 2005 und März 2007 um 20 Prozent auf 1,15 Millionen gestiegen. Die Kostenübernahme für Wohnkosten von Niedrigverdienern hat sich stark zugunsten von Bund und Ländern und zulasten der Kommunen verschoben. Inzwischen erhalten 530 000 Menschen ausschließlich Unterkunftsleistungen der Kommunen und keine anderen Leistungen nach dem SGB II. Die Wohngeldausgaben, die von Bund und Ländern finanziert werden, sanken gegenüber 2004 von 5,2 Milliarden Euro auf rund 1,1 Milliarden Euro (2006). Trotz eines deutlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit verharren dagegen die Unterkunftsleistungen nach dem SGB II auf dem hohen Niveau von 13,8 Milliarden Euro (2006). Davon müssen die Kommunen 70 Prozent finanzieren.

Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Wohngeldreform sagte Frau Roth: „Die Städte begrüßen, dass die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf Verwaltungsaufwand reduzieren und den Einsatz der Wohngeldmittel effizienter gestalten will. Aber wir brauchen auch eine deutliche Anhebung des Wohngeldes und eine bessere Abgrenzung zwischen dem Wohngeld und den Unterkunftsleistungen nach dem SGB II.“ Trotz erheblich ge-

stiegener Wohnkosten sei das Wohngeld seit 2001 nicht mehr erhöht worden. Am stärksten seien die Heizkosten in die Höhe geklettert – um 38 Prozent. Bund und Länder müssten handeln, damit das Wohngeld wieder angemessenes und familiengerechtes Wohnen für Haushalte mit niedrigen Einkommen absichern könne.

Minderjährige Flüchtlinge inhaftiert

www.proasyl.de, 19.9. alk. Anlässlich des Weltkindertages am 20. September zeigt sich Pro Asyl darüber besorgt, dass die besondere Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingskindern von der Bundespolizei am Frankfurter Flughafen immer weniger beachtet wird. Derzeit sind zwei minderjährige Asylbewerber – der 16-jährige B. aus Sierra Leone und der 15-jährige Abdul Y. aus Ghana – im Frankfurter Flughafentransit inhaftiert. Auf Antrag der Bundespolizei hat das Amtsgericht Frankfurt am 29. August bzw. 7. September 2007 für eine Dauer von jeweils drei Monaten die Inhaftierung der Jugendlichen angeordnet. Die Bundespolizei nutzt eine Änderung des Zuwanderungsgesetzes, wonach abgelehnte Asylbewerber seit Ende August auch direkt im Frankfurter Flughafen in Abschiebehaf genommen werden können. Pro Asyl kritisiert, dass diese neue Haftform, deren rechtliche Grundlagen strittig sind, nun ausgerechnet an Minderjährigen ausprobiert wird. Es widerspricht dem Kindeswohl, minderjährige Flüchtlinge zu inhaftieren. Pro Asyl fordert die umgehende Entlassung der Minderjährigen aus dem Flughafentransit. Das Jugendamt der Stadt Frankfurt hat in einer Stellungnahme festgestellt, dass die Flughafenunterkunft für Jugendliche ungeeignet ist und sich bereit erklärt, den Jugendlichen Abdul Y. in einer Jugendeinrichtung unterzubringen. Pro Asyl sieht die beiden aktuellen Fälle als Teil einer neuen kinderfeindlichen Politik, Minderjährige verstärkt im Frankfurter Transit zu inhaftieren. In den letzten Monaten war zu beobachten, dass entgegen der bisherigen Praxis vermehrt minderjährigen Asylbewerbern die Einreise verweigert wird und sie im Flughafentransit festgehalten werden. Pro Asyl kritisiert, dass diese Praxis vom Amtsgericht Frankfurt mitgetragen wird, obwohl dies der ständigen obergerichtlichen Rechtsprechung widerspricht. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat mehrfach klar gestellt, dass Minderjährige besonders schutzbedürftig seien, durch die Inhaftierung typischerweise erheblich betroffen würden und dadurch dauerhaft psychische Schäden davon tragen könnten. Ein Festhalten im Flughafentransit sei insbesondere dann unverhältnismä-

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Big und damit verfassungswidrig, wenn anderweitige Unterbringungsmöglichkeiten bestünden (OLG Frankfurt, Beschluss v. 30.8.2004, Az. 20W 245/04). An dieser verfassungsrechtlichen Vorgabe ändert auch die seit Ende August geltende neue Gesetzeslage nichts. Zum Weltkindertag am 20. September erinnert Pro Asyl daran, dass alle Kinder Rechte haben – auch Flüchtlingskinder. Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, bei allen staatlichen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen. Sind Kinder aus ihrem familiären Umfeld herausgelöst, so haben sie einen Anspruch auf besonderen staatlichen Schutz und Beistand.

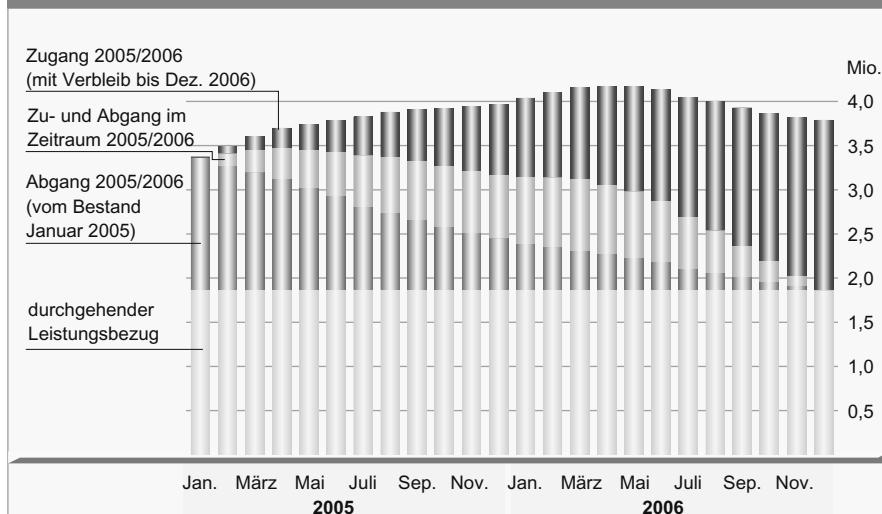
EU-Agrarpolitik I

Berliner Zeitung, 14.9. rüL. Weil vor allem in Asien (Indien, China, Russland) die Einkommen steigen und damit die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, will die EU ihr Flächenstilllegungsprogramm beenden. Wegen weltweit steigender Getreidepreise und nahezu leerer Lagerhäuser hat die EU-Kommission vorgeschlagen, die seit 15 Jahren geltende Verpflichtung der Bauern, einen Teil ihrer Nutzflächen stillzulegen, ab 2008 komplett aufzuheben. Zur Zeit dürfen rund 3 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche nicht bestellt werden. Die EU-Kommission erhofft sich durch die Aufhebung der Stilllegung einen Anstieg der Getreideproduktion um mindestens zehn Millionen Tonnen auf ca. 275 Millionen Tonnen. Die Lagerbestände der EU an Getreide sind innerhalb eines Jahres von 14 Millionen auf eine Million Tonnen gesunken.

EU-Agrarpolitik II

Handelsblatt, 13.9. rüL. Schon Karl Marx war bekannt, dass eine wachsende Stadtbevölkerung und steigende Einkommen in den Städten die Bodenrente und damit die Preise für Agrarprodukte in die Höhe treiben. Wegen dieser derzeit auch auf dem Weltmarkt für Agrarprodukte zu beobachtenden Entwicklung, nach verbreiteter Ansicht vor allem durch steigende Einkommen in China, Indien und Russland verursacht, steht die EU vor einem grundlegenden Bruch mit ihrer jahrzehntelangen Agrarpolitik. Weil die Weltmarktpreise für Getreide, Fleisch und Milchprodukte inzwischen über EU-Preisniveau liegen, ist sogar die französische Regierung, seit Jahrzehnten härtester Verteidiger der EU-Agrarpreissubventionen, jetzt zu einer Änderung bereit. „Ich will, dass die Bauern von den Preisen ihrer Produkte leben können“, verkündete Frankreichs Staatspräsident Sarkozy. Geplant ist, die Preissubven-

Abb. 1: Bestand, Zu- und Abgänge von Bedarfsgemeinschaften 2005/2006

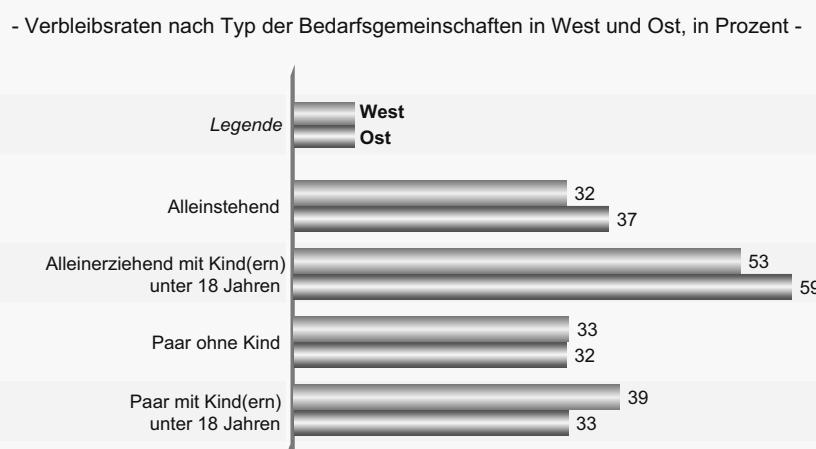


Quelle: Administratives Panel des IAB, 255 vollständige Kreise, Statistik der BA: Hochrechnung auf Bundesgebiet

© IAB

www.iab.de, 12.9. alk. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) hat in seinem jüngsten Kurzbericht genauere Zahlen über die Entwicklung bei den SGB II („Hartz IV“-) Empfängern veröffentlicht. In die Presse gelangte vor allem die Mitteilung, dass etwa jeder acht der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2005 und 2006 mindestens einmal auf SGB II-Leistungen angewiesen war, unter Berücksichtigung der Alterstruktur (ab 65 gibt es statt SGB II-Leistungen Renten und/oder Sozialgeld nach SGB XII) war es sogar jeder siebte. Eine weitere interessante Zahl ist die über „verfestigten Armut“, wie sie in der Grafik oben dargestellt ist. Danach haben knapp 1,9 Millionen sogenannter Bedarfsgemeinschaften die ganzen zwei Jahre ohne Unterbrechung SGB II-Leistungen erhalten. In diesen Haushalten hat in dieser Zeit niemand weder Arbeit gefunden, auch nicht in Ein-Euro-Jobs, oder gar eine Ausbildung begonnen. Das IAB stellt fest, das entspreche der Verbleiberate, wie sie bis 2004 in der Sozialhilfe üblich war. Wie die zweite Grafik zeigt, sind es vor allem Alleinstehende (vermutlich überwiegend Frauen) mit Kindern unter 18 Jahren, die dauerhaft auf Armutsleistungen angewiesen sind.

Abb. 4: Verbleib von neuen Bedarfsgemeinschaften, die im Februar/März 2005 erstmals SGB-II-Leistungen bezogen haben, nach 21 Monaten



Quelle: Administratives Panel des IAB, 255 vollständige Kreise

© IAB

tionen der EU im Prinzip abzuschaffen. Stattdessen sollen die Bauern direkte Einkommensbeihilfen erhalten und Geld für den Strukturwandel. Der Agraraushalt von derzeit 55 Milliarden Euro im Jahr soll im Volumen erhalten bleiben. Sein Anteil am gesamten EU-Haushalt, zur Zeit etwa 44%, würde dadurch langsam sinken, der an-

dere Teil, der vor allem für Infrastruktur und Regionalpolitik zur Verfügung steht, entsprechend steigen. Die EU-Kommission hat den Vorschlag aus Paris sofort aufgegriffen. EU-Agrar-Kommissarin Mariann Fischer Boel will bereits am 20.11. erste Vorschläge für Korrekturen vorlegen.

Zusammenstellung alk

Kriegsgegner gewinnen an Boden

In den nächsten Wochen wird der Deutsche Bundestag über die Verlängerung der drei Mandate zur Beteiligung an OEF (Operation Enduring Freedom) und ISAF sowie den weiteren Einsatz der Tornados in Afghanistan entscheiden. Zunächst hatte die Bundesregierung zu dem Trick greifen wollen, die Abstimmung über alle drei Mandate zusammenzuziehen, um die Opposition bei SPD und Grünen gegen das OEF-Mandat der Zustimmung zum ISAF-Mandat unterzuordnen. Inzwischen jedoch hat man sich entschieden, im Oktober gleichzeitig über den ISAF- und Tornado-Einsatz abzustimmen und die Abstimmung über das OEF-Mandat auf November und damit hinter den Parteitag der SPD zu verlegen.

Seit letztem Jahr, als langsam dämmerte, dass der Krieg in Afghanistan äußerst blutig und für die westliche Allianz auch zunehmend verlustreich wurde, nimmt die Ablehnung in der Bevölkerung zu. Bei der letzten Umfrage Anfang August sprachen sich 64% der Befragten für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan aus.

Erstmals entwickelt sich nun eine breite öffentliche Debatte, die den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in Frage stellt.

Immer mehr NGOs fordern, auch wenn sie sich nicht unbedingt für den Abzug der Bundeswehr aussprechen, die strikte Trennung von zivilen und militärischen Mandaten und entlarven als Illusion, wenn nicht gar Lüge, dass ISAF den zivilen Wiederaufbau schütze oder fördere. Medico international, die Kinderhilfe Afghanistan, Caritas International und das Rote Kreuz fordern inzwischen für ihre Arbeit strikte Neutralität. Wie die „civil-militärische Kooperation“ aus zivilen Helfern Kämpfanten macht bzw. sie in Gefahr bringt, schildert Cornelia Füllkrieg-Weitzel, Direktorin von „Brot für die Welt“, in einem Interview in der „jungen Welt“ (15.9.): „Ein Beispiel: In Kundus, wo die Bundeswehr das PRT, das so genannte Regionale Wiederaufbauteam stellt, fährt die Truppe zuweilen mit zivilen Fahrzeugen, und Soldaten sind manchmal in Zivil gekleidet. Im Rahmen von CIMIC-Aktivitäten (Civil Military Cooperation – d. Red.) holen sie bei Feldbesuchen Informationen über Aufständische ein und versuchen, Unterstützung



für ihren Militäreinsatz zu gewinnen ... Für die Einheimischen ist es unter solchen Bedingungen schwer zu trennen, wann sie es mit Militärs und wann mit Zivilisten zu tun haben.“ Etliche NGOs haben sich deshalb inzwischen zurückgezogen, das „Hauptargument“ der Kriegsbefürworter – „Schutz des Wiederaufbaus“ – widerlegt sich damit selbst. Die Bundeswehr, die ihr Hauptquartier in Mazar-i-Scharif hat, verlässt ihre Stellung kaum noch.

Organisationen der Friedensbewegung und u.a. die Partei Die Linke haben am 15. September mit einer überraschend großen Demonstration eine

Kampagne für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan eingeleitet. Rund 10.000 Menschen demonstrierten dafür in Berlin.

An eben diesem Tag diskutierte ein Sonderparteitag der Grünen über die zukünftige Haltung zum Afghanistan-Einsatz. Allein das Zustandekommen des Sonderparteitags – das Votum von 44 Kreisverbänden hatte ihn erzwungen – zeigte deutlich an, dass zumindest an dieser Front die Zustimmung grünen Basis zur Militarisierung der Außenpolitik bröckelt. Der Hamburger Uli Cremer, Sprecher der Grünen Friedensinitiative (www.gruene-friedensinitiative.de)

Dokumentiert: Aus dem Beschluss des Grünen-Sonderparteitags

Militärische Eskalation ist keine Lösung – Mit politischen Mitteln und zivilem Aufbau den Frieden in Afghanistan gewinnen! (...)

Ein militärisch verstandener „Krieg gegen den Terror“ ist nicht zu gewinnen. Vor allem im Irak und in Afghanistan erweist sich dieser als höchst kontraproduktiv und treibt geradezu junge Frauen und Männer in die Arme der radikalislamistischen Terroristen. Dieser so genannte „Krieg gegen Terror“ trifft auf einen arabisch-islamischen Krisengürtel vom Maghreb bis zum Hindukusch, d.h. auf eine islamische Welt, die nach wie vor noch nicht ihren Weg in die Moderne gefunden hat und in der in großen Teilen Armut, politische Instabilität oder autoritär-religiöse Regime vorherrschen. Der Kampf gegen den Terror ist daher nicht mit Flugzeugträgern und Bomben und auch nicht mit einer Verwandlung unserer offenen Gesellschaften in Sicherheitsgesellschaften, sondern nur in den Herzen und Köpfen der Frauen, Männer und Familien der islamischen Welt und unter Wahrung der eigenen Grundwerte zu gewinnen. Bünd-

nis 90/Die Grünen sehen daher im Dialog der Kulturen, in der Bekämpfung der Armut und des Analphabetismus, in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und in der Entwicklungshilfe, in der zivilen Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung und in der Förderung von Demokratie und Menschenrechten einen deeskalierenden und friedlichen Königsweg, um der arabisch-islamischen Welt ihren Platz in der Weltgemeinschaft zu ermöglichen und unsere eigenen Werte des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte zu bewahren.

Gerade eine aus der Friedensbewegung hervorgegangene Partei wie Bündnis 90/Die Grünen, die ihre Lehren aus den blutigen Kriegen des zwanzigsten Jahrhunderts gezogen hat, steht somit zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts vor einer besonderen Herausforderung. Denn die geo- und friedenspolitischen Weichenstellungen, die jetzt vorgenommen werden, entscheiden darüber, ob nach einem Jahrhundert der heißen und kalten kriegerischen Konfrontationen der Ideologien und Blöcke das nächste Jahrhundert eines des heraufbeschworenen „Kampfes der Kulturen“ sein wird. Darum liegt es jetzt in unserer besonderen Verantwortung, un-



Ebenfalls am 15. September demonstrierten in Washington viele einige Zehntausend Menschen für den Truppenabzug aus Irak und für die Absetzung von Präsident Bush. An der Demonstration beteiligten sich erneut zahlreiche Kriegsveteranen, von denen etliche von der Polizei festgenommen wurden. Ein massenhaftes Die-In (Bild) erinnerte viele Kommentatoren an Bilder des Widerstands gegen den Vietnam-Krieg. Zwei Tage zuvor hatte Bush in seiner Rede zur "Lage der Nation" de facto das Scheitern des Krieges erklärt, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen. Die Truppen, die im Februar von 130.000 auf 168.000 Soldaten aufgestockt worden waren, sollen bis Weihnachten um lediglich 5.700 Soldaten verringert werden. Ähnliches hatte zuvor der Oberkommandierende der US-Armee, Petraeus, geraten. Selbst unter den Offizieren hatte es daraufhin heftige Kritik gegeben.

ve.de), schrieb unmittelbar vor dem Sonderparteitag: Da die Bundesregierung das ISAF- und das Tornado-Mandat zusammenbindet, sei „eine billige Tornado-Ablehnung mit friedenspolitischem Showeffekt ... so nicht mehr zu haben. Wer es mit seinem Nein zu den Tornados wirklich ernst meint, muss im Parlament gegen den gesamten ISAF-Einsatz stimmen.“ (Freitag, 14.9.)

15 Bundestagsabgeordnete der Grünen, Europaabgeordnete und als Frontmann Daniel Cohn-Bendit sprachen sich ohne Wenn und Aber für den weiteren Bundeswehreinsatz aus. Der Vorstandsantrag plädierte dafür, dass sich

die Fraktion beim gekoppelten ISAF-Tornado-Mandat der Stimme enthalten sollte, um so dem Tornado-Einsatz nicht zuzustimmen, ohne ISAF abzulehnen. Ganz klares Nein kam nur von der Grünen Friedensinitiative, deren Antrag aber auch von anderen Kräften unterstützt wurde, so von der ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, die erklärte, Irak und Afghanistan seien das Vietnam unserer Tage. Die Grüne Friedensinitiative sprach sich für einen gründlichen Strategiewechsel aus und forderte einen Abzugstermin im 1. Halbjahr 2008. Cremer: „Ein Strategiewechsel, der diesen Namen verdient, ist

eben nur einer, der auf den kurzfristigen Abzug der NATO-Truppen setzt, weil die Teil des Problems und nicht der Lösung sind.“ (ebenda)

Am Ende verwarf der Parteitag den Vorstandsantrag, der nur 264 Stimmen erhielt, und nahm mit 361 Stimmen einen Antrag an, der die Ablehnung des gekoppelten ISAF-Tornado-Mandats empfiehlt.

Die Interpretation des Beschlusses, den wir aufgrund seiner erheblichen Länge nur ganz auszugsweise dokumentieren können, ist nach dem Parteitag heftig umkämpft. Denn die Delegierten plädierten zwar eindeutig für

ser friedenspolitisches Erbe zu bewahren und mit sehr viel Realismus und Weitblick die tatsächliche Lage in Afghanistan und ihre Perspektiven im Rahmen einer nicht auszuschließenden weiteren Krisenescalation ungeschönt anzumahnen und darüber hinaus zur treibenden Kraft eines dringend erforderlichen Friedensprozesses zu werden.

1. OEF sofort beenden (...) 2. Die RECCE-Tornados zurückholen (...) 3. Keine Zusammenlegung der Mandate für ISAF und OEF (...) 4. Keine Zustimmung bei Zusammenlegung der Abstimmungen für ISAF und Tornados (...) 5. Bundeswehr in Afghanistan: Zivilen Aufbau sichern, den Frieden herstellen. Der Erfolg von ISAF wird durch die auswegslose militärische Gewaltspirale in Afghanistan unmöglich gemacht. Eine Zustimmung zur Verlängerung des ISAF-Mandates ist deshalb an den Ausstieg aus der Gewaltspirale und eine Ablehnung der Aufstockung des deutschen Truppenkontingentes in Afghanistan geknüpft. Darum muss im Sinne der friedenspolitischen Verantwortung der Partei die faktische Lage in Afghanistan und die tatsächlich verfolgte Strategie der NATO die Basis unserer zukünftigen Entscheidungen bilden.

(...)

Für Bündnis 90/Die Grünen ist der weitere Einsatz der Bundeswehr nur dann tragbar, wenn rasch ein klar erkennbarer Kurswechsel der Bundesregierung und der NATO eingeleitet wird, der eine politische Lösung im Sinne des hier skizzierten Friedensprozesses anstrebt und mit erheblich mehr zusätzlichen Ausgaben für den zivilen Bereich verbunden ist. Diese Änderung der Strategie bzw. die dokumentierte Absicht dazu muss seitens der Bundesregierung VOR einer Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen zu einer Verlängerung oder Neumandatierung vorliegen.

Wir stellen dabei fest, dass ein schneller Rückzug der Bundeswehr die bisher vergleichsweise stabilen Regionen im Norden Afghanistan ins Chaos zurückfallen lassen würde. Der begonnene zivile Aufbau muss auch zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Wir dürfen, obwohl wir 2001 in diesen Konflikt gezwungen wurden, uns heute nicht ohne Weiteres zurückziehen. Wir sind damals eine Verantwortung für die Menschen in Afghanistan eingegangen, zu der wir stehen müssen. So lange zum Aufbau von Polizei und Infrastrukturen noch eine militärische Absicherung er-

forderlich ist und so lange diese nicht vom afghanischen Militär bzw. der afghanischen Polizei gewährleistet werden kann, so lange ist der Abzug der deutscher Bundeswehreinheiten nicht vertretbar. Entscheidend dabei ist aber eine Transformation des Militärischen zum Polizeilichen, d. h. dass dieser Einsatz eine rein defensive, auf Schutz ausgerichtete Strategie verfolgen muss, um so die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu verlieren. (...)

8. Ohne Kurswechsel kein Mandat. Falls es nicht zu einem von uns geforderten erkennbaren Kurswechsel kommt, bedeutet das in der Konsequenz, dass sich die Bundeswehr komplett aus Afghanistan zurückziehen muss. Das Zeitfenster für einen solchen Strategiewechsel ist dabei nicht unbegrenzt. (...) Die Kette der einjährigen Mandatsverlängerungen für den Bundeswehreinsatz mit unklaren Perspektivvorstellungen wird Bündnis 90/Die Grünen nicht fortschreiben. Während die Bundesregierung und die Koalitionsparteien bisher niemandem erklären konnten, wie dieser Krieg zu gewinnen sei, schlagen wir einen grundlegenden Strategiewechsel vor, mit dem der Frieden zu gewinnen ist.

Quelle: www.gruene.de

ein Ende der Beteiligung an der Anti-terror-Operation Enduring Freedom, gegen deren Verlängerung die Fraktion bereits 2006 gestimmt hatte. Aber sie empfahlen die Ablehnung des gekoppelten Mandats vor allem aufgrund des breiten Widerstands gegen den Tornado-Einsatz. Dabei hatten sich die meisten Delegierten für eine Verlängerung des ISAF-Einsatzes zur militärischen Absicherung des Wiederaufbaus in Afghanistan ausgesprochen, und auch der Beschluss selbst nimmt nicht gegen das ISAF-Mandat Stellung. Das nutzte der Grünen-Vorsitzende Bütikofer, der zwar den Vorstandsantrag mit getragen, gleichzeitig aber auch am Antrag Cohn-Bendit u.a. mitformuliert hatte, zu einer Pressemitteilung am 17.9. unter der Überschrift: „Grüne stehen zu ISAF-Einsatz“. „Der Sonderparteitag habe nicht den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gefordert, stellte Bütikofer klar. Im Gegenteil: „Wir sagen Ja zu ISAF, wir sagen Ja zum Strategiewechsel und wir sagen Ja zur Erhöhung der zivilen Hilfe“, sagte der Grünen-Chef. „Aber wir sagen Nein zu OEF.““

Eine Erklärung der Grünen Friedensinitiative vom 16.9. hebt demgegenüber hervor, dass die „Grüne Zustimmung zum Afghanistan-Krieg bröckelt“:

„Ergebnisse und Verlauf der Grünen Sonder-BDK markieren eine Wende in der Grünen Afghanistan-Politik. Wir begrüßen, dass der Bundes- und Fraktionsvorstand sich mit ihrer Position, den Abgeordneten keine Empfehlung für die Bundestagsabstimmung zu ISAF/Tornados mitzugeben, nicht durchgesetzt haben.

In Göttingen haben sich die Grünen endgültig von OEF verabschiedet und einen Schlussstrich unter die Tornado-Frage gezogen. Nach Göttingen wird die Isaf-Unterstützung im Mittelpunkt der Debatte stehen. Der vom Parteitag beschlossene Antrag plädiert bereits für ein Ende von ISAF in einem absehbaren Zeitraum. Der Antrag der Grünen Friedensinitiative forderte ein Ende bereits im ersten Halbjahr 2008 und hat dazu beigetragen, dass die Unterstützung für ISAF bei den Grünen zur Disposition gestellt wird.

Die Grünen beginnen sich von ihrem Rostocker Beschluss 2001 zur Unterstützung der Afghanistan-Intervention und auch von der Außenpolitik J. Fischers abzuwenden.

Da Afghanistan sich zunehmend zum Vietnam unserer Tage entwickelt, fürchten wir, dass der Krieg in den nächsten Jahren immer weiter eskalieren wird und weitere Nato-Truppen stationiert werden. Deshalb werden sich die Grünen Jahr für Jahr auf ihren Parteitagen mit Afghanistan beschäftigen. Wir sind zuversichtlich, dass unsere Position an Unterstützung gewinnen wird. Göttingen war ein guter Anfang.“

Die SPD-Führung befürchtet nun,

dass der Beschluss der Grünen auch die Kritik des Afghanistan-Einsatzes in der eigenen Partei lauter werden lässt. Im März hatten 69 SPD-Abgeordnete gegen den Tornado-Einsatz gestimmt, und die Verschiebung der Abstimmung über das OEF-Mandat trägt der offenen Unruhe innerhalb der SPD Rechnung. Doch ausgemacht ist das nicht. Zeitgleich mit dem Grünen Sonderparteitag der SPD-Bezirks-Parteitag Hessen-Süd zusammen und stimmte mit knapper Mehrheit – entgegen dem Antrag des Bezirksvorstandes – für die Fortsetzung des OEF-Mandats.

Christiane Schneider

teres wäre da nicht zu regeln. Wenn überhaupt etwas, dann entfaltete vielleicht dies noch eine Abschreckungswirkung auf Terroristen.“

Trotz aufflammender Empörung über Jungs neuerlichen Vorstoß – einen entsprechenden Vorstoß Schäubles zu einer gesetzlichen Regelung hatte das Bundesverfassungsgericht verworfen – stößt die Debatte in Bereiche vor, die selbst bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 nicht vorstellbar schienen. Bis Mitte der 60er Jahre hat das Grundgesetz einen Not- bzw. Ausnahmezustand überhaupt nicht vorgesehen. Das war eine Konsequenz daraus, dass der Ausnahmezustand unter Präsident Hindenburg als Übergang zum Faschismus funktioniert hatte und der Faschismus selbst ein permanenter Ausnahmezustand war. Das änderte sich mit der Verabschiedung der – hart umkämpften – Notstandsgesetze. Aber selbst diese regelten den „Notstand“ gesetzlich, d.h. sie beinhalteten Regelungen für den „Verteidigungsfall“, den „Spannungsfall“, den „inneren Notstand“ und den „Katastrophenfall“¹ und damit auch, wenngleich nur minimale, Einschränkungen der Exekutive. Mit der Berufung auf „übergesetzlichen Notstand“ – ein Begriff, den das Grundgesetz nicht kennt, er stammt ausschließlich aus dem Strafrecht² – ermächtigt sich die Exekutive, Gesetze zu brechen. Dieser in Anspruch genommene Ausnahmezustand soll Entscheidungen legitimieren, die auf der Grundlage der verfassungsmäßigen und Rechtsordnung nicht getroffen werden können – sie wird suspendiert. Jungs Vorstoß

Vom Auslands- zum Inlandseinsatz der Bundeswehr

Interventionskrieg und Ausnahmezustand

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (18.9.) kommentierte die Ankündigung von Minister Jung, ein Passagierflugzeug, das von Terroristen entführt wurde und als Waffe eingesetzt werden sollte, unter Berufung auf „übergesetzlichen Notstand“ abschießen zu lassen: „.... selbst wenn die Union eines Tages allein über eine verfassungsändernde Mehrheit verfügen sollte, würde sie ein detailliertes Gesetz weiterhin schuldig bleiben. Der Gegenstand ist weder verfassungsrechtlich einwandfrei noch demokratisch umumstritten zu regeln.“ Das Blatt, das an Jungs Ankündigung



nichts zu kritisieren findet, empfiehlt als Lösung des verfassungsrechtlichen und demokratischen „Problems“: „Ginge ... die Befehlsgewalt auch im nicht erklärten Krieg gegen den Terrorismus (vom Verteidigungsminister – Red.) auf den Kanzler über, wäre vor der Bevölkerung und der Welt klargestellt, dass die deutsche Bundesregierung – Koalitionen hin oder her – mit ungeteilter Autorität diesen Weg gewählt hat. Wei-

macht die Bereitschaft deutlich, die Gewaltenteilung, die Unterscheidung zwischen Legislative, Exekutive und Jurisdiktion tendenziell aufzuheben – wie schon einmal vor 30 Jahren in der Auseinandersetzung mit der RAF, jedoch in noch weit größerem Ausmaß.³

Logik des „Kollateralschadens“

Jungs Bezug auf „Notstand“ suggeriert eine tragische Situation, in der der

Staat, der handeln müsse, nicht „richtig“ handeln, sondern nur Schlimmeres durch Schlimmes verhindern könne. Diese vermeintlich tragische Situation hat ihre Entsprechung im Begriff des „Kollateralschadens“, der seit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien furchtbare Berühmtheit errang.⁴ Mit dem Begriff des „Kollateralschadens“ versuchen die Kriegsführenden, den Angriff auf zivile Ziele und Zivilisten, dem Kriegsrecht nach Kriegsverbrechen, als unbeabsichtigte „Nebenwirkung“ von Angriffen auf militärische Ziele zu rechtfertigen. Man erinnere sich, wie die seinerzeitige rot-grüne Bundesregierung sich zu der Behauptung verstieß, es gelte, ein zweites „Auschwitz“ zu verhindern, ein Ziel, das es notwendig mache, leider nicht zu verhindernde zivile Opfer in Kauf zu nehmen. Als kleineres Übel, das ein größeres Übel verhindere.

Heute kennzeichnen „Kollateralschäden“ den „Krieg gegen den Terror“, vor allem in Afghanistan, wo Angriffe auf Häuser, Schulen, Hochzeitsgesellschaften ... an der Tagesordnung sind und die Zahl der als „Nebenwirkung“ getöteten Zivilisten die Zahl getöteter Aufständischer um ein Vielfaches übertrifft (wo bei meist nur Frauen und Kinder als Zivilisten, getötete Männer hingegen fast immer als Kombattanten bzw. „Talibane“ gezählt werden).

An einer solchen Situation, die der Begriff des „Kollateralschadens“ umschreiben will, ist jedoch nichts Tragisches. Bundeswehr und Bundesregierung werden nicht „tragisch schuldig“. In Jugoslawien beteiligte sich die BRD an einem NATO-Angriffskrieg, und in Afghanistan und anderswo ist sie beteiligt an Interventionskriegen, die wissentlich und billig unzählige zivile Opfer in Kauf nehmen. Mit der Entsendung der Tornados, die Zielfotos liefern und die Situationen herbeiführen, in denen Dörfer bombardiert und Zivilisten getötet werden, hat sie ihren Beitrag zum Verbrechen des Krieges und zum Kriegsverbrechen weiter erhöht. Es gibt eine Alternative, und die lautet, jeden Beitrag zu Interventionskriegen zu beenden. Deutschland muss zum Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten werden.

Die Debatte um den Jungschen Vorstoß, auch die Kritik daran, blendet bemerkenswerterweise diesen Hintergrund einer Situation aus, die konstruiert wird zur Erklärung eines „übergesetzlichen Notstands“. Ihre Realität darin besteht, dass es im Krieg der Nato-Mächte gegen die Region des Mittleren Ostens tatsächlich kein „ruhiges Hinterland“ gibt. Die Kriegsführung der „Kollateralschäden“ steigert die Grausamkeit des Krieges, sie schafft ungleiches Recht und eine Asymmetrie – und sie schlägt zurück auf die Länder, von denen sie ausgeht.

Der Ausnahmezustand im Innern, den

vorrangig die CDU zum legitimen Mittel des Regierens erklären will, steht in untrennbarem Zusammenhang mit der Entfesselung der Interventionskriege, in denen sich die Nato andere Teile der Welt unterwerfen will. Deshalb trifft die Kritik etwa des Abgeordneten Neskovic (MdB Die Linke) zwar zu, der sagt: „Jung ... riskiert eine lebenslange Freiheitsstrafe, wenn er seine Ankündigung tatsächlich umsetzen würde. Der Abschuss eines Passagierflugzeuges mit Raketen erfüllt das Mordmerkmal der Tötung mit „gemeingefährlichen Mitteln“ im Sinne des §211 StGB.“⁵ Aber sie greift zu kurz, weil sie den Zusammenhang von Krieg und Ausnahmezustand nicht thematisiert.⁶

Vorkehrungen für den Inlandseinsatz

Täglich wird deutlicher, dass Verteidigungsminister Jung und vor ihm Innenminister Schäuble keineswegs in einen freien Raum vorstoßen. Es geht längst um mehr als Gedankenspiele. Sowohl der Bundeswehrverband wie auch der Verband der Jetpiloten in der Bundeswehr haben mit heftiger Kritik reagiert und die Piloten für den Fall des Abschussbefehls zur Befehlsverweigerung aufgefordert. Gleich wussten die Medien zu berichten:

„Das Bundesverteidigungsministerium hat ... schon jetzt dafür gesorgt, dass es bei einem Befehl zum Abschuss einer von Terroristen entführten Zivilmaschine im Fall eines übergesetzlichen Notstandes bei den zuständigen „Alarmrötten“ nicht zur Befehlsverweigerung kommt. Als Piloten für die im norddeutschen Wittmund und im süddeutschen Neuburg stationierten Alarmrötten zur Luftraumüberwachung kämen nur solche Offiziere zum Einsatz, „die im Fall eines übergesetzlichen Notstandes zur hundertprozentigen Befehlsausübung bereit sind“, versicherte ein deutscher Offizier aus einer der für Deutschland zuständigen Nato-Luftverteidigungseinsatzzentralen gegenüber der Zeitung.“⁷

Aus der Niederlage des faschistischen Deutschen Reiches und der Verantwortung der Wehrmacht für den Eroberungskrieg hatte die Bundesrepublik u.a. auch die Konsequenz gezogen, im deutschen Militärrecht Bremsen einzubauen gegen das Funktionieren von Soldaten als willen- und gewissenlose Instrumente des Verbrechens. Die Gewissensfreiheit des Soldaten wurde prinzipiell anerkannt und im Soldatengesetz mit dem Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ verankert. Im Zuge des Umbaus der Bundeswehr von einer auf Verteidigung festgelegten Armee zu einer Interventionsarmee werden diese Schranken, das zeigen diese Tage, in schnellem Tempo abgebaut.

Gerhard Piper, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Berliner Informationszentrum für Transatlantische Si-

cherheit, beschreibt in einem längerem Aufsatz⁸ u.a. die militärischen Strukturen, die die politische und militärische Führung in den letzten Jahren geschaffen haben für den Einsatz der Bundeswehr im Innern:

„Bereits im Jahr 2000 beschloss die Bundeswehrführung eine weitreichende Streitkräfteform. In allen drei Teilstreitkräften (Heer, Luftwaffe und Marine) vorhandene Truppengattungen wurden aus ihrer jeweiligen Streitkraft herausgelöst und zu einer gemeinsamen Streitkräftebasis (SKB) vereinigt. An deren Spitze steht das so genannte Streitkräfteunterstützungskommando (SKUKdo), das am 10. April 2001 seinen Dienst aufnahm. Es ist aber nicht nur ein Führungskommando für die SKB, sondern zugleich oberste Nationale Territoriale Kommandobehörde. Alle Bundeswehreinsätze im Innern werden letztendlich durch den Kommandeur der SKUKdo geführt ... In der Konzeption der Bundeswehr (KdB) vom 9. August 2004 heißt es über die Funktionen unseres neuen, nationalen, militärischen Führers:

„Der Befehlshaber des SKUKdo ist „Nationaler Territorialer Befehlshaber“. Er koordiniert mit den Befehlshabern der anderen FüKdo und den Dienststellenleiterinnen und -leitern vergleichbarer Dienststellen der zivilen Organisationsbereiche die bundeswehrgemeinsame Erfüllung folgender weiterer wahrzunehmender Aufgabenanteile, die im Frieden sowie Spannungs- und/oder Verteidigungsfall ausschließlich auf deutschem Staatsgebiet und in nationaler Verantwortung wahrgenommen werden. Diese Aufgabenanteile werden unter dem Begriff Territoriale Aufgaben der Bundeswehr (TA Bw) zusammengefasst und beinhalten im Wesentlichen: Unterstützung von Kräften und Einrichtungen des Bündnisses sowie von einzelnen Verbündeten und Partnern in Deutschland, Mittlerfunktion zwischen deutschen zivilen und militärischen Stellen zu Kräften und Einrichtungen des Bündnisses sowie zu einzelnen Verbündeten und Partnern in Deutschland, Amtshilfe, Hilfeleistungen im Inland bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen, sonstige Hilfeleistungen, Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur vor asymmetrischen und terroristischen Bedrohungen durch Unterstützung der für innere Sicherheit zuständigen zivilen Stellen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, Unterstützung der Nationalen Zivilen Verteidigung als Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge in Deutschland.“

Diese damals von Peter Struck erlassene Konzeption der Bundeswehr hatte ebenfalls fast wörtlich die Passagen der Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 übernommen, wonach die Bundeswehr „zum Schutz der Bevölke-

rung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen ... die Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten“ wird. Die Streitkräfte würden dann bereit stehen, „wenn der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie kritischer Infrastruktur nur durch die Bundeswehr gewährleistet werden kann“.

Die gegenwärtige Debatte darf – auch auf dem Hintergrund der etwa über den Bundeswehreinsatz in Heiligendamm bekannt gewordenen Fakten – nicht unterschätzt werden. Auch die Horrorszenarien, die Schäuble entwirft, machen deutlich, dass sich Kräfte in der Bundesrepublik, in der Bundesregierung, im Militär, auf den „Ernstfall“ im Innern vorbereiten.

Christiane Schneider

1 Ein „Verteidigungsfall“ liegt laut Art. 116a Abs. 1 GG vor bei der „Feststellung, dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht“. Wie das festgestellt wird, ist geregelt. Das Vorliegen eines „Spannungsfalls“ – was genau das ist, bleibt allerdings undefiniert – muss laut Art. 80a Abs. 2 vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit festgestellt werden. Beim „Inneren Notstand“, der laut Art. 91 Abs. 1 bei einer „drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ gegeben ist, ist u.a. die Unterstellung von Länderpolicen unter die Weisungen der Bundesregierung oder der Einsatz der Bundeswehr zur Unterstützung von Polizei oder Bundespolizei u.a. bei der Bekämpfung militärisch bewaffneter Aufständischer vorgesehen; die Anordnung muss zu jeder Zeit auf Verlangen von Bundestag und/oder Bundesrat eingestellt werden.

2 § 34 StGB lautet: Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.

3 Die Forderung der FAZ, dem Bundeskanzler die Befehlsgewalt über die Bundeswehr zu übertragen, lehnt sich an die Staatsvorstellungen von Carl Schmitt an. Im Zweifelsfall hat der Bundeskanzler das Entscheidungsmonopol, ist diejenige staatliche Gewalt, die in letzter Instanz entscheidet („ungeteilte Autorität“), derjenige, über den Ausnahmestand entscheidet. Daher auch bezieht eine solche Ermächtigung auch die Abschreckungswirkung, die die FAZ ihr zuschreibt.

4 1999 erklärte die Gesellschaft für Deutsche Sprache „Kollateralschaden“ zum „Unwort des Jahres“.

5 PE vom 17.9., www.linksfraktion.de/

6 Diesen Zusammenhang weist in einer eindrucksvollen Untersuchung der italienische Rechtsphilosoph Giorgio Agamben nach: Giorgio Agamben, Ausnahmestand, edition suhrkamp SV, Frankfurt 2004

7 Die Welt, 18.9., online-Ausgabe

8 Gerhard Piper, Einsatz der Bundeswehr im Innern?, 12.9.07, veröffentlicht bei Telepolis, www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26136/1.html

Türkei

Staatspräsident GÜL reist in Kurdengebiet

Knapp zwei Wochen nach seiner Wahl zum Staatspräsident hat Abdullah GÜL seine erste Reise unternommen. Anders als seine Vorgänger, die regelmäßig ihre erste Dienstreise in das türkische Nordzypern unternommen hatten, um auf diese Weise die Ansprüche des türkischen Staates auf Nordzypern zu unterstreichen, reiste GÜL in die Kurdengebiete.

Unmittelbar vor Antritt der Reise hatte GÜL noch ein erstes – als „privat“ eingestuftes – Gespräch mit dem obersten Militär des Landes geführt, Generalstabschef Yasar Büyükanit. Die Armee hatte in den vergangenen Monaten mehrfach vor einer „schleichenden Islamisierung“ des Landes gewarnt und kaum verhüllt mit einem Putsch gedroht. Dementsprechend wertete die Presse das Gespräch GÜLS mit Büyükanit als Entgegenkommen der Armee gegenüber dem neuen Staatspräsidenten.

Am 11. September traf GÜL dann in der kurdischen Provinz Van ein. Die ersten Reaktionen waren freundlich. Eine große Menschenmenge empfing den Präsidenten – nicht nur in Van, sondern auch auf anderen Stationen seiner Reise. Die Stadtverwaltung von Van hatte zur Begrüßung sogar 10.000 Rosen geordert – als Anspielung auf den Nachnamen des Präsidenten, der „Rose“ bedeutet. Nächste Stationen waren die kurdischen Provinzen Hakkari, Siirt, Sırnak und Diyarbakır.

Ausdrücklich suchte GÜL bei seiner ersten Dienstreise als Staatspräsident dabei den Kontakt mit örtlichen Kommandeuren der türkischen Armee, aber auch das Gespräch mit örtlichen Menschenrechtsgruppen, und hörte sich de-



ren Klagen an. In Van fordert er nach Gesprächen mit Bürgerrechtler, Frauengruppen und Angehörigen getöteter Soldaten dazu auf, die Unterschiede in der Türkei zu respektieren. In Sırnak feierte er in der örtlichen Kaserne der Armee zusammen mit Offizieren und Soldaten den Ramadan. In Hakkari warb GÜL anschließend – unter Anspielung auf entsprechende kurdische Forderungen nach Gleichberechtigung und Anerkennung ihrer kulturellen Autonomie – für Brüderlichkeit unter den Bürgern der Türkei.

Welche praktischen Schritte der amtierenden türkischen Regierung in der kurdischen Frage am Ende mit der ersten Reise des Staatspräsidenten in die kurdischen Gebiete verbunden sein werden, ist offen. Die Erwartungen auf kurdischer Seite sind hoch. Selahattin Demirtas, kurdischer Abgeordneter der oppositionellen Demokratie-Partei DTP, würdigte GÜLS Reise schon als „historisch“. Sie könne die Region beruhigen und unter ihren Menschen einen Motivationsschub hervorrufen.

Auch die EU-Kommission drängt die neue Regierung in Ankara und den Staatspräsidenten zu weiteren Reformen. EU-Erweiterungskommissar Rehn forderte in Brüssel, die Regierung der Türkei müsse die Meinungs- und Religionsfreiheit nun endlich voranbringen und die Grundrechte stärken. So müsse der umstrittene Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches, nach dem die „Beleidigung des Türkentums“ unter Strafe steht, entweder „gestrichen oder substantiell verändert werden, damit er mit der europäischen Grundrechtecharta konform ist. Ich möchte nicht mehr sehen, dass Schriftsteller und Journalisten für ihre gewaltfreie kritische Meinung verfolgt werden“, so Rehn.

Rehns gleichzeitige Aufforderung zu mehr Religionsfreiheit zielt vor allem auf den Status des griechisch-orthodoxen Patriarchen von Istanbul. Dessen Priestersehule ist seit Jahrzehnten geschlossen und soll nach Auffassung auch der EU wieder geöffnet werden.

Gleichzeitig forderte Rehn die türkische Regierung zu neuen Schritten zur Lösung der Zypern-Frage auf. Diesbezüglich habe sich die EU auch an den UNO-Generalsekretär gewendet, erklärte er. Der letzte Anlauf zur Lösung der Zypernkrise unter dem früheren UNO-Generalsekretär Kofi Annan war vor allem an der hartnäckigen Haltung der (griechischen) Regierung der Republik Zypern gescheitert. „Ich habe den UNO-Generalsekretär aufgefordert, 2008 zum Jahr der Wiederaufnahme des Zypernproblems zu machen“, sagte Rehn.

ruh
Quellen: Reuters, 10.9.07; Die Krone, 12.9.07; FAZ, 12.09.07; Financial Times Deutschland, 14.9.07)



Die Grenzpolizei des US-Bundesstaates Arizona veröffentlicht jetzt eine furchtbare Statistik. Demnach kamen an der Südwestgrenze der USA seit Jahresanfang 371 Menschen aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Staaten zu Tode bei dem Versuch, die Grenze zu überqueren. Allein in der Wüste Arizona sind seit Januar 181 Leichen geborgen worden, erklärte die Behörde. Das sind 33 mehr als im Vorjahreszeitraum. Die NGO Humane Borders macht die verschärften US-Grenzkontrollen für die hohe Opferzahl verantwortlich. Diese hätten nicht etwa dazu geführt, dass weniger Flüchtlinge als Grenzgänger kämen, zwinge aber die Flüchtlinge, immer gefährlichere Wege in Kauf zu nehmen. Die mexikanische Regierung kritisiert die Grenzkontrollen ebenfalls scharf. Sie

will mit Washington ein Migrationsabkommen aushandeln, das Einwanderungsquoten und die Regulierung des Aufenthaltsstatus der Mexikaner vorsieht. In den USA leben nach jüngsten Angaben 11,5 Mio. Mexikaner, rund die Hälfte ohne Aufenthaltserlaubnis. Sie sind die schlechtest bezahlten Arbeiter in den USA, verdienen aber mit durchschnittlich 23.500 Dollar rund drei mal so viel wie in Mexiko, wo das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen kaum 8000 Dollar beträgt. Aufgrund dieses Gefälles versuchen jedes Jahr rund 400.000 Mexikaner, die 3.200 km lange Grenze illegal zu überqueren. (Bild Mitte und rechts; das linke Bild zeigt so genannte „Freedom Riders“, Zivilisten, die an der Grenze zu Mexiko, die Flüchtlinge jagen.)

Italien: Fischer frei, aber der Prozess geht weiter

Das Gericht hat die am 8. August verhafteten tunesischen Fischer freigelassen. Sie waren wegen „Menschenhandels“ vor Gericht gestellt worden, weil sie 44 schiffbrüchige Flüchtlinge aus Seenot gerettet hatten. (Siehe PB 18 S. 9) Mit der Freilassung haben die starken Proteste in Italien und international einen ersten Erfolg errungen. Gleichwohl geht der Prozess weiter und hat die Verfolgung der Fischer gravierende Folgen. Sie wirkt als Abschreckung: Kapitäne von Fischerbooten und Flüchtlinge, die oft tagelang im Kanal von Sizilien treiben, bestätigten, dass niemand direkt hilft. Bestenfalls wird per Funk eine Meldung an die Küstenwache abgesetzt. Im Zuge des Prozesses wurden Einzelheiten über den Einsatz der Küstenwache bekannt. Ein Vertreter der Küstenwache berichtete von wiederholten Versuchen, die tunesischen Fischer und die geretteten Flüchtlinge am Anlaufen von Lampedusa zu hindern, indem sie sie mit gefährlichen Manövern kreuzten und nur knapp an einem Zusammenprall vorbeikamen. Auf diese Weise war es vor einigen Jahren zu einer Tragödie mit Dutzenden von Toten gekommen, als das Marineschiff „Sibilla“ ein Flüchtlingsboot zum Kentern brachte. Flüchtlingsorganisationen fordern, dass endlich das Ministerialdekret vom 14.8.03 geändert und dadurch klargestellt wird, dass Seenotrettungen und der Eintritt in nationale Gewässer nichts mit Beihilfe zur illega-

len Einreise zu tun haben. Auch fordern sie, dass die überlebenden Flüchtlinge, die derzeit in Haft- bzw. Einreisezentren untergebracht sind, Asyl erhalten. (Quelle: *borderline-europe*)

Lage in Inguschetien zunehmend angespannt

Fememorde an russischen Lehrerinnen und ihren Familien, Überfälle auf Regierungsgebäude und Anschläge auf Polizeistationen – Meldungen wie diese machten dieser Tage deutlich, wie angespannt die Situation in Inguschetien derweil ist. Experten sehen bereits Parallelen zu Tschetschenien, wo die Gewalteskalation 1994 dazu führte – oder den Vorwand dazu bildete –, die Republik, die sich 1991 für unabhängig erklärt hatte, gewaltsam wieder unter russische Herrschaft zu bringen. Anders als Tschetschenien hatte sich Inguschetien, das in der Sowjetära eine gemeinsame Autonomie mit Tschetschenien gebildete hatte, für den Verbleib in der Russischen Föderation entschieden. Der grausame Krieg im Nachbarland und ein Konflikt mit der Nachbarrepublik Nordossetien, bei dem Russland auf der Seite Nordossetiens eingriff, führten jedoch zunehmend zu Konflikten, zur Destabilisierung und zu antirussischen Ressentiments. Immer wieder setzen sich tschetschenische Freischärler nach Inguschetien ab. Im Juli stockte die russische Regierung ihre in der Republik stationierten Truppen auf insgesamt 2.500 auf, versagte aber jede weitere wirtschaftliche Unterstützung. In-

guschetien gehört zu den ärmsten Regionen Russlands. (Quelle: ND)

Serbien: Tiefe Spaltung über außenpolitischen Kurs

Der serbische Regierungschef Kostunica hat sich gegen einen Nato-Beitritt des Landes ausgesprochen. „Wie ist es möglich, dass Serbien einem Militärbündnis beitritt, das uns zuerst bombardierte, dann mit Militärkräften ins Kosovo kam und schließlich unter Umgehung des Uno-Sicherheitsrates einseitig die Unabhängigkeitserklärung eines organischen Teils unseres Landes anerkannt?“, zitiert ihn der Spiegel. Hintergrund sind die Bestrebungen von USA, EU und Nato, im Kosovo den Ahtisaari-Plan umzusetzen, der die eingeschränkte Souveränität des Kosovos unter EU-Protektorat vorsieht. Ein Nato-Beitritt findet anderen Berichten zufolge keine Zustimmung unter der Bevölkerung Serbiens. Regierung und Parlament sind zutiefst gespalten. Während die nationalistische oppositionelle Serbische Radikale Partei – mit ca. 30% die stärkste Partei in Serbien – ebenso wie die konservative Demokratische Partei Serbiens (DSS) sowohl den Nato- wie aber auch einen EU-Beitritt in Frage stellen und ein Bündnis mit Russland als Alternative entwerfen, wenn der Ahtisaari-Plan durchgesetzt wird, setzen sich Präsident Boris Tadic und Demokratische Partei DS weiterhin für einen strikten pro-westlichen Kurs ein. (Quelle: *Spiegel, Standard*)

Zusammenstellung: scc

JENA. Aktionen gegen europaweites Nazitreffen. Am 8. September fand in Jena zum zweiten Mal das europaweit beworbene Nazifestival „Fest der Völker“ statt. Mit dem Spektakel versuchte die NPD die Vernetzung faschistischer Parteien innerhalb der „Europäischen Nationalen Front“ (ENF) voranzutreiben. Gegen das faschistische Großevent in Thüringen, dem „braunen Herzen Deutschlands“, protestierten nach Presseangaben über 3.000 Menschen – von autonomen Antifas bis zu antifaschistischen Bürgern. Neben internationalen Naziführern traten auch Bands des verbotenen „Blood&Honour“-Netzwerks vor den etwa 1.500 Nazis auf. Der Beginn der Veranstaltung verzögerte sich, da die Nazis und ihr Stromaggregat für mehrere Stunden blockiert wurden. Bereits im Vorfeld fanden verschiedene Aktionen und eine Demonstration statt. Auch am Tag des Nazitreffens wurden die Blockaden durch eine spontane Demonstration durch die Jenaer Innenstadt ergänzt. <http://de.indymedia.org/2007/09/193445.shtml>



„bunt statt braun“ – Riesenerfolg in Hannover

HANNOVER. Als einen Riesenerfolg für die Demokraten und die Hannoversche Zivilgesellschaft wertet der DGB-Regionsvorsitzende Sebastian Wertmüller die Kundgebung und Demonstration gegen die NPD am 15.9.2007 in Hannover: „Mehr als 8.000 Menschen auf dem Opernplatz und 7.000 vor dem HCC, das spricht für sich!“ Dies sei die richtige Antwort auch auf all die gewesen, die das NPD-Spektakel einfach nur ignorierten wollten und damit das Treiben der NPD und der neonazistischen Kameradschaften verdrängten.

Die Redebeiträge seien durchgängig von eindeutigen und unmissverständlichen Aussagen geprägt gewesen: „Es ist klar geworden, es geht nicht um irgendeinen ominösen Extremismus. Es geht um eine reale Gefahr von rechts mit ganz vielen Verbindungen zur Mitte der Gesellschaft“, so der DGB-Chef. Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsklitterung seien viel weiter verbreitet als gemeinhin angenommen.

Es sei erfolgreich gelungen, ein breites und buntes gesellschaftliches Bündnis gegen den braunen Sumpf auf die Bei-

ne zu stellen. Auftaktkundgebung, Demonstration und Abschlusskundgebung seien friedlich verlaufen, allen Unkenrufen und Warnungen zum Trotz. Dennoch bleibe ein bitterer Nachgeschmack: „Dass es uns nicht gelungen ist, diese Nazi-Veranstaltung in Hannover zu verhindern – das stimmt uns nachdenklich und traurig“, so Wertmüller. „Erst wenn es uns gelingt, die Ideen der Humanität und der Solidarität überallhin zu tragen, werden wir die braune Gesinnung in den Köpfen überwinden können.“

www.region-niedersachsen-mitte.dgb.de

CHANGE THE CLIMATE! Demonstration am 3. Oktober

MANNHEIM. Am und gegen den 3. Oktober ruft der AK Antifa Mannheim auf zur Demonstration „Kein Frieden mit Deutschland!“. Sie ist Teil einer Kampagne, die sich gegen Nation, Rassismus und Kapitalismus richtet. Dabei sollen neben dem „Tag der Deutschen Einheit“ auch die Auswirkungen, die die „Deutsche Wiedervereinigung“ und das Ende der sog. „Systemkonkurrenz“ mit sich gebracht haben, thematisiert werden: In Mannheim ganz speziell die rassisti-

schen, pogromartigen Ausschreitungen 1992 im Stadtteil Schönau. Mit der Kampagne soll nach Ursachen gesucht und eine linksradikale Position gegen Nation, Rassismus und Kapitalismus formuliert werden. Alle Infos zur Kampagne, Veranstaltungen, Termine, Texte und vieles mehr auf der Sonderseite CHANGE THE CLIMATE:

www.akantifa-mannheim.de/changetheclimate

REP-Kundgebung gegen Linkspartei

FRANKFURT A.M. Der Landesverband der „Republikaner“ hat am 25. August vor dem Bürgerhaus Bornheim eine Kundgebung gegen den Vereinigungs- parteidag der „Linkspartei“ abgehalten. Hessenweit konnten die REPs 20 Personen mobilisieren. Sie forderten das Verbot der Partei „Die Linke“ und redeten dummes Zeug über „Linksfaschismus“. Bemerkenswert daran ist eigentlich nur, dass die Republikaner nach jahrelanger Inaktivität überhaupt eine Kundgebung abgehalten haben.

<http://antifa-frankfurt.org/>

Das Schattenkabinett aus Gütersloh – Bertelsmann-kritische Tagung

FRANKFURT A.M. Am 27. Oktober findet in der FH Frankfurt ein Kongress statt, zu dem verschiedene Hochschulgruppen aufrufen. In ihrer Einladung heißt es: „Mit Slogans wie ‚Du bist Deutschland – Du bist 82 Millionen – Dein Willen ist wie Feuer unterm Hintern‘, initiierte vor zwei Jahren die Bertelsmann AG mit 30 Millionen EUR eine der größten deutschen ‚Social-Marketing-Kampagnen‘: die – von Depressionen und Zukunftsängsten geschüttelten – Deutschen sollten wieder auf gute Laune, als ‚deutsche Volksgemeinschaft in ideologischer Not- und Zwangsgemeinschaft‘ getrimmt werden. Die Fortsetzung der Kampagne ist in Vorbereitung. Hinter den Kulissen gehört der Bertelsmann-Konzern und seine Stiftungen zu den Strippenziehern bei Privatisierungen und Sozialabbau. Mit dem Bertelsmann ‚Transformations Index‘ werden



die weltweiten – gegebenenfalls auch militärischen – Durchsetzungsmöglichkeiten von „Markt- und Wettbewerbsordnung“, die Ausschaltung von etwaigen „Vetoakteuren“ in 119 Staaten der Erde beurteilt und zu Empfehlungen für außenpolitische Entscheidungen gemacht. Wir wollen Licht in die strukturellen Einmischungen des Bertelsmann-Konzerns und seiner Stiftungen bringen, notwendige Gegenstrategien beraten.“ Details und Anmeldung unter:
www.studis.de

Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Drittstaatler

MÜNCHEN. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns schrieb im August 2007 einen Brief an den bayerischen Innenminister Beckstein. Darin heißt es: „Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck hat angekündigt, eine Gesetzesinitiative zur Erweiterung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer einbringen zu wollen. Die Ausländerbeiräte Bayerns fordern dies seit Jahren. Sie wissen, dass mit dem 1998 eingeführten kommunalen Wahlrecht für EU-Bürger in Deutschland ein Dreiklassenwahlrecht entstanden ist, das volles Wahlrecht für die deutschen Staatsbürger, ein (in Bayern eingeschränktes) kommunales Wahlrecht für in Deutschland lebende Bürger aus EU-Staaten und kein Wahlrecht für die „Drittstaatler“ beinhaltet. Es stünde der Demokratie in Deutschland gut zu Gesicht, das kommunale Wahlrecht auf alle, die ihren Lebensmittelpunkt in den hiesigen Städten und Gemeinden leben, zu erweitern. Die Erfahrungen auch aus anderen europäischen Staaten zeigen, dass ein kommunales Wahlrecht für Ausländer kein Problem, sondern einen Beitrag zur Integration und Demokratie darstellt. Es spricht viel dafür, dass auch das Bundesverfassungsgericht eine entsprechende Initiative anders als in der Vergangenheit bewerten würde, da sich die Situation durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürger grundlegend verändert hat. Mit einer Unterstützung der unionsgeführten Bundesländer stünde im Prinzip auch eine Verfassungsänderung nichts im Wege. Es ist ohnehin kaum vermittelbar, dass ein Türke oder Togolese, der seit 20 Jahren in einer Stadt lebt, an den Kommunalwahlen nicht teilnehmen kann, ein Italiener oder ein Portugiese gleich nach drei Monaten das Wahlrecht besitzt. Diese Ungleichbehandlung ist nicht im Sinne eines demokratischen Gemeinwesens. Ich möchte Sie im Namen der Ausländer- und Integrationsbeiräte Bayerns darum bitten, sich als bayerischer Innenminister und designierter Ministerpräsident für ein kommunales Wahlrecht für die Drittstaatler einzusetzen ...“
www.agaby.de

IPPNW kritisiert Willkür bei Akteneinsicht in Hessen

FRANKFURT A.M. Die atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW wirft dem hessischen Umweltministerium vor, willkürlich die Einsicht in wichtige Akten zur Sicherheit des Atomkraftwerks Biblis zu verweigern. Entgegen einer gegenteiligen Behauptung des Ministeriums hat die Anwältin der IPPNW auf insgesamt 20 Seiten umfangreich dargelegt, wofür die Kenntnis der Akten erforderlich ist. In einem Schreiben vom 16. September an Ministerpräsident Roland Koch legt die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen dar, dass zentrale Behördenakten pauschal und ohne Begründung verweigert werden. In dem Schreiben heißt es u.a.: „Sie können nicht einerseits behaupten, Biblis B verfüge über ein Regelwerkskonformes Notstandssystem und uns andererseits die Einsicht in die – Ihnen zur Verfügung stehenden – Akten verweigern, in denen dieses „Notstandssystem“ bewertet und genehmigt wurde ... Insgesamt zeigt sich, dass das Hessische Umweltministerium in dem laufenden Verwaltungsverfahren auf rechtsstaatliche Grundsätze wenig Rücksicht nimmt. Wir fordern Sie nachdrücklich dazu auf, den Bescheid vom 5. Juni 2007 sowie den entsprechenden vom 27. August 2007 zu korrigieren.“
www.ippnw.de

Zweites Sozialforum vom 18.-21. Oktober in Cottbus

COTTBUS. Die Programmstruktur für das Zweite Sozialforum in Deutschland, das vom 18.-21. Oktober in Cottbus stattfinden wird, ist jetzt perfekt. Das ist das Ergebnis einer zweitägigen Arbeitssitzung der Initiative Sozialforum am vergangenen Wochenende im Cottbuser Gewerkschaftshaus. Rund 30 Vertreter lokaler und bundesweiter Initiativen, Netzwerke und Gewerkschaften haben jetzt damit begonnen, acht große thematische Konferenzen und die bisher rund 70 angemeldeten Seminare und Workshops sowie kulturelle Veranstaltungen zu einem einheitlichen Programm zu gestalten. Hinzu kommen spektakuläre Veranstaltungen, wie der Dialog der sozialen Bewegungen mit politischen Parteien, in dem prominente Parlamentarier wie etwa der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Oskar Lafontaine, mit Kritikern des neoliberalen Mainstreams konfrontiert werden und das Treffen der G8-Gipfeldemonstranten unter dem Motto „Wie weiter nach Heiligendamm?“ Die großen Konferenzen werden sich mit unter anderem mit folgenden Themenkomplexen beschäftigen: Arbeitswelt und Menschenwürde – Ökologische und soziale Verantwortung – Für eine Politik des Friedens – Ein anderes Europa ist möglich – Die Lausitz in Europa – Soziale Frage



BERLIN. Am 17. Oktober 2007 findet der weltweite Aktionstag gegen Armut („White Band Day“) statt. Millionen Menschen auf der ganzen Welt werden an diesem Tag die Staats- und Regierungschefs an ihre Versprechen zur Armutsbekämpfung zu erinnern. „Deine Stimme gegen Armut“ ruft dazu auf, am 17. Oktober aktiv am „Stand up & Speak out“-Weltrekordversuch teilzunehmen. Ziel dieser globalen Aktion ist es, dass binnen 24 Stunden möglichst viele Menschen gemeinsam aufzustehen und ihre Stimme gegen Armut erheben. Letztes Jahr haben 23,5 Millionen Menschen mitgemacht – am Ende stand der Eintrag ins Guinness Buch der Rekorde. Dieses Jahr soll dieser Rekord gebrochen werden. Das gleichzeitige weltweite Aufstehen von Millionen von Menschen für die Bekämpfung von Armut und zur Einhaltung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele ist ein Akt mit starker Symbolkraft. Er wird noch einmal den Druck auf die Staats- und Regierungschefs erhöhen ihre gemachten Versprechen auch tatsächlich einzuhalten und die Ziele der weltweiten Armutsbekämpfung zu erreichen.
www.deine-stimme-gegen-armut.de

und Rechtsextremismus – Globale soziale Rechte: Teilhabe und Wiederanbindung – Anders leben für eine lebenswerte Welt. Unter anderem weist das Programm die Vorsitzenden von drei DGB-Gewerkschaften als Redner aus. Das Gesamtprogramm mit dem exakten Zeitplan wird in Form einer 24-seitigen Zeitung vorher veröffentlicht.

www.sozialforum2007.de

Gedenken an die Marineseeleute Albin Köbis und Max Reichpietsch

KÖLN. Am Samstagmorgen (8.9.07) versammelten sich Mitglieder verschiedener Organisationen vor dem Tor der Luftwaffenkaserne in Porz-Wahn, um eine Ehrung der vor 90 Jahren hingerichteten Kriegsgegnern Albin Köbis und Max Reichpietsch vorzunehmen. Im Vorfeld dieser Ehrung hatte es seitens der Bundeswehr Versuche gegeben, eine Ehrung an der Gedenkstätte für die beiden Matrosen nicht zu genehmigen (s.a. PB 18), weil sie diese als eine politische Veranstaltung einstuften und den Zutritt der Teilnehmer auf das Kasernengelände – auf dem sich der Friedhof befindet – verweigert hatte.

Durch Flugblattverteilungen und das Aktivwerden von Politikern (wie z.B. der Kölner Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Mützenich, SPD, der Aktivitäten von linken MdBs wie Paul Schäfer, Ulla Jelpke und Gert Winkelmeier), sowie Stellungnahmen von Gewerkschaftsvorsitzenden der Regionen von Oldenburg/Wilhelmshaven, Manfred Kloepfer, und Köln-Leverkusen-Erft-Rheinberg, Wolfgang Uellenberg-van Dawen, wurde eine Situation hergestellt, in der dann doch eine zehnköpfige Delegation zwei Blumengebinde und einen Kranz am Denkmal niederlegen konnten. Gert Winkelmeier hatte sich zusätzlich als Mitglied im Verteidigungsausschuss angemeldet und begleitete die Gruppe. Trotz der Auflage dort keine „politische Rede“ zu halten, erklärte ein Vertreter der Kulturvereinigung Leverkusen e.V.: „Wir ehren heute hier die beiden Kriegsgegner, in ihrem Sinne werden wir weiterkämpfen!“ Die anschließende Demonstration vom Kasernenhaupttor Flughafenstraße entlang der

Bundeswehrkaserne endete am ehemaligen Haupttor auf der Heidestraße. Dort hielt das Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, MdB Gert Winkelmeier (Neuwied) eine Ansprache, in der auch die Bundeswehreinsätze in aller Welt angesprochen und einer kritischen Prüfung unterzogen wurden. Auf Transparenten und Plakaten hatten die Teilnehmer u. a. auch die Forderung: „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ erhoben und ihr deutliches Nein zu einem Krieg – unter welcher verlogenen Parole er auch geführt wird – bekräftigt.

Im Anschluss an die Demonstration versammelten sich die Teilnehmer im „Brauhaus Porz“, wo der zweite Teil der Veranstaltung stattfand. Dieser entfernte Versammlungsort musste gewählt werden, weil die Gaststätte in unmittelbarer Nähe zur Luftwaffenkaserne ihre Zusage zur Durchführung einer Saalveranstaltung kurzfristig zurückgezogen hatte.

Der Dipl.-Historiker Günter Judick, der schon vor vierzig Jahren an der Gestaltung der Gedenkfeier für Köbis und Reichpietsch mitwirkte, konnte in seiner Ansprache sowohl die historischen Aspekte eindrucksvoll dar-

stellen, wie auch aktuelle Bezüge herstellen.

Seine Aussagen wurden eindrucksvoll von einem Film untermauert, der vor rund vierzig Jahren in der Bundesrepublik produziert wurde und eine Schilderung der Ereignisse bei der „Matrosenmeuterei 1917“ anhand der Dokumente nachzeichnet.

Bei Abschluss der Gedenkveranstaltung sprachen sich die Teilnehmer für eine Initiative aus, die sicherstellen soll, zukünftig einen ungehinderten Zugang zu den Gräbern der beiden hingerichteten Matrosen zu erreichen.

Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V., so wurde zum Abschluss erklärt, fühlt sich verpflichtet, für diese Forderung auch zukünftig aktiv zu streiten.

Hans-Peter Keul

Aus: Kölner Lokalberichte Nr. 19 S. 1Bild: <http://fotoalbum.web.de/gast/kultur-pudelbach/Koebes>



Gedenken an zwei Opfer der NS-Militärjustiz kurz vor Kriegsende

KÖLN. Am Samstag, 1. September, wurde um 11 Uhr mit einer feierlichen Namensgebung von Straßen in Höhenhaus zweier junger Männer gedacht, die noch in den letzten Kriegstagen Opfer der nationalsozialistischen Militär Justiz wurden. Zur Erinnerung wurden an den Straßenschildern Hinweisschilder mit ihren Lebensdaten enthüllt.



Die Höhenhäuser Kirchengemeinden, Vereine und Schulen und etliche Einzelpersonen hatten sich dafür eingesetzt, die grausamen Ereignisse der letzten Kriegstage in ihrem Stadtviertel

zu rekonstruieren. Außer der Straßenbenennungen gibt es jetzt auch eine kleine Broschüre, die die Ergebnisse der Recherchen dokumentiert und durch Zeitzeugenberichte die damalige Situation auch anschaulich vor Augen führt. Die Schicksale von Peter Kutter und Jakob Brock stehen exemplarisch für die brutale Gewalt, mit der das kurz vor dem militärischen Zusammenbruch stehende NS-Regime alle diejenigen verfolgte, die nicht mehr bereit waren, den Krieg durch ihre Unterstützung zu verlängern.

Jakob Brock, 23 Jahre jung, hatte gerade erst geheiratet, als ihn ein Standgericht wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilte. Eine Woche vor dem Einmarsch der Amerikaner wurde er am 7. April 1945 in einer Kiesgrube in Höhenhaus erschossen. Zurück blieben seine Frau und eine noch nicht geborene Tochter.

Peter Kutter, ein 17-jähriger Jugend-

licher, weigerte sich, der „Hitlerjugend“ beizutreten. Sein Schicksal ist bis heute ungeklärt: Er wurde Ende März 1945 verschleppt. Seitdem fehlt jede Spur von ihm.

„Die so abrupt endenden Lebenswege werden durch die Straßenbenennung in Erinnerung gerufen – und das ist gut so“, sagte der Oberbürgermeister im Grußwort, das der Broschüre vorangestellt ist. „Damit ehren wir diese beiden Opfer des NS-Regimes und wir bewahren ihr Andenken. Die Straßennamen werden aber auch zukünftigen Generationen Anlass dafür sein, über das NS-Regime allgemein, aber auch über individuelle Verantwortung und Handlungsweisen in einem verbrecherischen System nachzudenken.“

Die Broschüre (40 Seiten A5) kann gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro über den Bürgerverein Höhenhaus, Neckarweg 1, 51061 Höhenhaus bezogen werden.

Antifaschistischer Auftakt gegen den DVU-Wahlkampf

HAMBURG. Jeden ersten Mittwoch im Monat traf sich die Hamburger DVU zu sogenannten „Klönschnacks“ um ihre Arbeit zu organisieren. Seit mindestens Frühjahr 2007 tagten der Vorstand der neofaschistischen Partei und aktive Mitglieder in einem Eisenbahnerheim der Deutschen Bahn AG in der Bankstraße bei den Deichtorhallen. Besorgt hatte die Räume Harry Ostwaldt, der regelmäßig an den Treffen teilnahm und außerdem Funktionär der Eisenbahnervereinigung Association Europeenne des Cheminots (ACE) ist, welche ihre Niederlassung ebenfalls in dem Heim hat. Ostwaldt ist kein Unbekannter in der Naziszene. Schon 1986 war er Mitglied des Freundeskreis Filmkunst e.V. (FFK), einer Organisation, die über Jahre hinweg indizierte NS-Filme in angemieteten Hamburger Kinos zeigte. 1979 erwarb der FFK für Jürgen Rieger das Nazi-Zentrum Hetendorf 13 in Niedersachsen, welches 1998 von den Behörden geschlossen wurde. Der FFK wurde 1962 unter Beteiligung von Altnazis und Mitgliedern zuvor verbotener Organisationen gegründet und gehört zum Vereinsgeflecht von Rieger. Gute Beziehungen zu alten Nazis hat auch der regelmäßig in der Bankstraße anwesende Erste Vorsitzende der Hamburger DVU Günther Schlemmer. Er war ebenso regelmäßig Gast bei ehemaligen SS-Soldaten der HIAG, deren Treffen im Frühjahr 2006 in der Handwerkskammer aufflog. Auch an der geheimen Feier zum 55. Jubiläum der HIAG in Buchen im

Mai 2005 nahm Schlemmer teil.

Ein weiterer regelmäßiger Teilnehmer der „Klönschnacks“ ist einer der momentanen stellvertretenden Vorsitzenden der DVU, Archibald Felsch. Bis 2004 war er sogar Landesvorsitzender der neofaschistischen Partei. Trotzdem erhielt Felsch 2005 eine Ehrung des Technischen Hilfswerkes (THW) für seine 50-jährige Mitgliedschaft u.a. als Vize-Bezirksbeauftragter des THW im Bezirk Mitte.

Die monatlichen „Klönschnacks“ der Hamburger DVU, für die Zeit das Vorstandsmitglied Frank Günther Senftleben als Kontakt diente, waren längere Zeit schlecht besucht. Dies änderte sich schlagartig, als auf dem norddeutschen Parteitag im Juli 2007 von Gerhard Frey bekräftigt wurde, dass in Hamburg die DVU zur Bürgerschaftswahl im Februar 2008 antreten soll. Seit August ist das Treffen nun deutlich besser besucht. Eine Homepage für den Hamburger Landesverband wurde extra eingerichtet. Dort befinden sich hauptsächlich Artikel aus der DVU-nahen „Nationalzeitung“ mit Bezug zu Hamburg, sowie natürlich Werbung und die Bitte um Unterstützung des Wahlkampfes. Am Sonntag, den 2. September, fand der „Landesparteitag Hamburg“ im nördlichen Niedersachsen statt, wo Vorstandswahlen abgehalten wurden. Als Rednerinnen waren u.a. mit folgenden Themen vorgesehen: Der Bundesvorsitzende Gerhard Frey: „Noch ist Deutschland nicht verloren“, der ehemalige Legion-Condor-Flieger und NS-Oberst Hajo Herrmann: „Die Vernichtung Hamburgs und unser Kampf um die Reichsverteidigung“ und die Bremerhavenerin Desiree Schneider: „Die Jugend wählt deutsch“. Laut Homepage waren 350 Mitglieder und Gäste der neofa-

schistischen Partei anwesend, viele werden allerdings extra einbestellte Claqueure aus anderen Bundesländern gewesen sein. Aus Hamburg reiste nur ein Bus an, der von Vorstandsmitglied Oswald Dannenberg koordiniert wurde.

Mit der DVU ist zur Bürgerschaftswahl also zu rechnen. Der NPD-Bundessprecher Klaus Beyer hat erklärt, dass seine Partei die DVU im Rahmen der „Volksfront von rechts“ bei der Wahl unterstützen wird, ob das auch für die Hamburger Kameradschaften gelten wird, ist unbekannt.

Am 5. September wurden die Aktivitäten der Hamburger DVU nun erheblich gestört. Mehrere Dutzend Antifaschistinnen protestierten friedlich vor dem Eisenbahnerheim, forderten eine Kündigung der Räume durch die Deutsche Bahn AG bzw. die ACE und mach-



Der DVUler Robert Valkovic hetzte die Polizei unter falschen Angaben auf GegendemonstrantInnen

ten auf die Aktivitäten der DVU bezüglich der Bürgerschaftswahl aufmerksam. Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende Robert Valkovic behauptete zunächst gegenüber der Polizei, er wäre massiv bedroht worden. Dieses erklärt das zunächst aggressive Vorgehen der Polizei, die von ca. 12 Personen die Personalien aufnahm und einige zu Boden warf. Als Valkovic zugeben musste, dass er keineswegs bedroht wurde, ließ die Polizei alle Demonstranten gehen. Nachträglich stellte sich heraus, dass die Bahn und der ACE von Ostwaldt über die „Untervermietung“ nicht informiert worden waren. Der Nazi wurde umgehend gefeuert

er

Aus: Lokalberichte Hamburg Nr. 19



Der Hamburger DVU-Vorsitzende Günther Schlemmer beim Treffen von ehemaligen SS-Soldaten der HIAG Mai 2005.

a.i.d.a.-Presseinformation vom 4. September 2007 zur Kommunalwahl 2008:

Spaltung der extremen Rechten in München

MÜNCHEN. Mindestens zwei Gruppierungen der extremen Rechten wollen nun bei der Kommunalwahl 2008 den Sprung in das Münchner Rathaus schaffen, unter anderem will eine NPD-gesteuerte „Bürgerinitiative Ausländerstop München“ zur Stadtratswahl antreten.

Neben der im Januar 2006 gegründeten „Bürgerbewegung Pro München – patriotisch und sozial“ plant nun auch eine „Bürgerinitiative Ausländerstop München (BIA)“ eine Kandidatur für den Münchner Stadtrat. Ein entsprechender Internetauftritt „Ausländer-

stop München“ ist in Vorbereitung. Domain-Inhaber ist der NPD-Funktionär und bayerische JN-Landesvorsitzende Norman Bordin. Das Vorhaben wird ausdrücklich vom NPD-Bundesvorstand und dem bayerischen NPD-Landesvorstand unterstützt. Der bayerische Landesvorsitzende der NPD, Ralf Ollert, sitzt als Vertreter der örtlichen „Bürgerinitiative Ausländerstop“ bereits seit 2003 im Nürnberger Stadtrat.

Dieser weitere Wahlvorschlag dürfte für einige Irritationen in der rechten Szene Münchens sorgen. Ursprünglich war unter Beteiligung zahlreicher be-

kannter Münchner Neonazi-AktivistInnen nämlich „Pro München“ als Sammlungsbewegung für die Wahlen gegründet worden. Auch NPD-Vertreter waren und sind bei „Pro München“ aktiv. Der NPD-Vize-Landesvorsitzende Roland Wuttke war Protokollant der Gründungsversammlung, an der auch Norman Bordin teilnahm. Erst vor kurzem bezeichnete Rüdiger Schrembs die „Bürgerbewegung“ als „Bündelung alter patriotischen Kräfte“. Schrembs ist einer der Sprecher von „Pro München“ und gleichzeitig Mitglied des NPD-Landesvorstands. Treibende Kraft bei „Pro München“ sind daneben Funktionäre der extrem rechten Splitterpartei „Deutsche Partei“ (DP), wie Stefan Werner (2005 noch Bundestagskandidat der NPD) und Wolf Peter Bombolowsky. Die DP wiederum scheint nach einem erneuten Führungswechsel die Strategie geändert zu haben. Sie will sich jetzt als angeblich nationalkonservative Kraft zwischen CSU und NPD positionieren. Mit der anfänglich verfeindeten Gruppierung „Pro Köln“ arbeitet „Pro München“ jetzt prompt eng zusammen. Stefan Werner leugnet im Internet jegliche Mitarbeit der NPD, außerdem gibt er an, dass ein Aufnahmeantrag Norman Bordins einstimmig abgelehnt worden sei („Er war nie, und wird nie Mitglied werden“).

Aus NPD-Kreisen wird „Pro München“ vorgeworfen, die erfolgreiche Entwicklung der NPD zu blockieren und „ihr eigenes Süppchen“ zu kochen. Schlussendlich wandten sich führende rechte Aktivisten wie Roland Wuttke und Carsten Beck von „Pro München“ ab. Dass es sich bei der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ um ein durchaus ernstzunehmendes Projekt handelt, lässt sich aus der Präsentation ihres Spitzenkandidaten schließen. Der Münchner Publizist Karl Richter, momentan als Chef des parlamentarischen Beraterstabs der sächsischen NPD-Landtagsfraktion tätig, soll den Wahlkampf führen.

Der in München und Dresden lebende 45-jährige Karl Richter entstammt der radikal-völkischen Münchner Burschenschaft Danubia. Er war Mitbegründer der neonazistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und Chefredakteur der neonazistischen Theoriezeitschrift „Nation und Europa“ (Coburg). Dort plädierte er 2004 beispielsweise für eine zeitgemäße „Rassenkunde“ und nannte Freiheit und Demokratie „Pseudowerte“.

Inhaltlich unterscheiden sich die beiden neonazistischen Münchner Wahlprojekte bislang kaum. Beide haben als programmatischen Schwerpunkt die Hetze gegen MigrantInnen und Muslime, beide versuchen, Einfluss auf die Bürgerinitiativen gegen den Moschee-

bau in Sendling zu gewinnen

In der aktuellen Ausgabe der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ wird die jüngste Entwicklung als Erfolg verkauft: „(...) dort scheint es jetzt erstmals gelungen, die ‚rechte Szene‘ an einen Tisch zu bringen und auf einen gemeinsamen Wahlantritt zu vergattern“, heißt es zur Gründung der „BIA“. Tatsächlich aber dürfte es sich um eine Spaltung der extremen Rechten in München handeln, ein knappes halbes Jahr vor den bayrischen Kommunalwahlen. Das so genannte „Münchener Bekenntnis“, im Januar 2005 auf dem „7. politischen Neujahrstreffen“ rechter Gruppierungen in München-Pasing pathetisch verkündet, scheint das Papier nicht mehr wert zu sein, auf dem es verfasst wurde. Darin war unter anderem davon die Rede, dass „der Weg zum politischen Erfolg nur gemeinsam möglich ist“, Wahlbündnisse Normalität werden sollten und dass der „Bruderkampf der deutschen Patrioten“ eingestellt sei. Wenn nun auch noch, wie bereits angekündigt, die Republikaner zur Wahl antreten, dürfte es rechts von der CSU ein ganz schönes Gedränge geben.



Die Geburtsstunde der Kopfjagd

Die MünchnerInnen und Münchner sollten sich aber nicht zu früh freuen. Zwar steigen die Chancen, dass bei entsprechender Aufklärungsarbeit nun keine der extrem rechten Organisationen die zum Wahlantritt notwendigen 1000 Unterschriften zusammenbringt. Doch vor allem die NPD-Liste „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ dürfte sowohl finanziell als auch personell in der Lage sein, eine äußerst aggressive und rassistische Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Dem gilt es aktiv etwas entgegenzusetzen.

Aus: Münchner Lokalberichte Nr. 19 dort nach www.aida-archiv.de

Religionsfreiheit auch in Frankfurt!

FRANKFURT A. M. Zu der Diskussion um den geplanten Bau einer Moschee in Frankfurt-Hausen erklärt die Fraktion Die Linke im Römer: Der geplante Bau einer Moschee in Hausen ist nichts Bedrohliches, auch wenn in einer aufgeregten öffentlichen Debatte einschneidende Ängste gezielt geschürt werden. Wenn ein Teil der Frankfurterinnen und Frankfurter ihre Religion nicht mehr in Hinterhöfen ausüben wollen, sondern sich in der Stadt und nicht in einem Industriegebiet niederlassen möchte, zeigt das den Willen, nicht in einer sog. Parallelgesellschaft zu leben. Für die Stadtverordnete Yildiz Köremzli-Erkiner, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Römer, steht fest: „In der Diskussion der letzten Wochen ging es nicht bloß um diese Moschee, sondern ganz allgemein um Muslime. Ich frage mich: Was wollen diejenigen erreichen, die eine Bevölkerungsgruppe in die Ecke zu drängen versuchen? ... Wer bestimmte Religionen als allgemein gefährlich erklärt, diskriminiert und ausgrenzt, der stiftet Unruhe und sorgt für Gräben in der Gesellschaft. Entweder versuchen wir alle zu lernen, miteinander in Frieden zu leben oder wir werden beherrscht von Ängsten, die zu gegenseitigen Beschuldigungen und Diskriminierungen führen. Hier geht es auch darum Wege zu suchen, um den Zusammenhalt zu stärken und nicht um die Unterschiede zu vertiefen.“

www.dielinke-wasg-im-roemer.de

Die Moschee und das Kulturzentrum werden gebaut!

KÖLN. Auf der letzten Sitzung des Moscheebeirates, der den Bau begleitet, stellte der Architekt Böhm sein überarbeitetes Modell vor. Der Beirat befürwortete seinen Vorschlag, den Türmen der Minarette eine runde, offene Form zu geben. Einhellig machte der Beirat deutlich, dass er DITIB ermuntert, bei der Höhe und der Größe der Moschee nicht nachzugeben. Im Rat gibt es dafür eine Mehrheit von SPD, Grüne, FDP und Die Linke. KÖLN. Die CDU hatte auf ihrem Parteitag einen Beschluss gefasst, der so hohe Bedingungen an DITIB stellt, dass er den geplanten Moscheebau faktisch unmöglich macht. Doch jetzt rudert sie wieder zurück. Faktisch hat sich die CDU über die Moscheediskussion gespalten ... „Kölner CDU nicht integrationsfähig“ schrieb dazu die Fraktion Die Linke. KÖLN. In der Bezirksvertretung Ehrenfeld wurde sogar mit den Stimmen der CDU der vorläufige Bebauungsplan beschlossen, nachdem ihr Änderungsantrag abgelehnt worden ist. Ob das die Linie der CDU auch im Rat der Stadt Köln wird? **Jörg Detjen, Platzjabbeck 06/2007**

Islamische Vereine als Partner in der sozialen Arbeit: BERLIN. Moscheegemeinden und islamische Vereine entwickeln sich zu wichtigen Partnern in der sozialen Arbeit im Stadtteil. Schon im November 2005 hatte sich auf Initiative der Muslimischen Akademie in Deutschland und des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats das Islamforum Berlin gegründet. Ziel des Berliner Islamforum ist die Förderung einer neuen Diskussionskultur mit offenen Debatten sowie die Sicherstellung des Informationsflusses und damit auch die Vertrauensbildung. Nicht zuletzt dient das Forum auch der Verständigung über verbindliche integrationsrelevante Schritte im Berliner Stadtraum. In dem Leitfaden „Handlungsfelder der Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen im Stadtteil“ hat das Islamforum Berlin jetzt Praxisbeispiele erarbeitet und Chancen und Grenzen einer Zusammenarbeit im Stadtteil beleuchtet. Der Leitfaden benennt nicht nur konkrete Felder, sondern auch Mindestanforderungen für die Zusammenarbeit zwischen Muslimen und der deutschen Zivilgesellschaft. Das sind unter anderem Offenheit und Transparenz nach außen und ein öffentliches Interesse an den Aktivitäten der Gemeinden. Die nächste geplante Maßnahme ist eine Weiterbildungsreihe für Imame. Viele MuslimInnen wenden sich mit Alltagsproblemen nicht an Ämter oder Beratungsstellen, sondern an die Imame ihrer Gemeinden. Dies zu ignorieren oder kurzfristig ändern zu wollen ist wenig aussichtsreich; stattdessen setzt das Islamforum darauf, den Imamen die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln. www.kommunale-info.de

Jörg Krebs flog aus dem Römer: FRANKFURT. A.M. Der NPD-Stadtverordnete Jörg Krebs ist am 6.9. aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ausgeschlossen worden. Krebs hatte zum Bau einer Moschee in Hausen erklärt: „Erst bauen sie Moscheen, dann fliegen uns Bomben um die Ohren.“ Damit hatte er versucht, die Moslems insgesamt für den islamistischen Terror verantwortlich zu machen. In der lokalen Politik hat sich die NPD also wieder mal für rassistische Islamhetze entschieden, nachdem sie in den letzten Jahren ihr Herz für die antisemitischen und antiamerikanischen Mörderbarden von Al-Quaida bis Hamas entdeckt hatten. www.antifa-Frankfurt.org

Schulsachen für arme Kinder: STUTTGART. Der Antrag der Linken-offene Liste vom 26. April wurde am 24. August beantwortet. Auch hier macht die Stadt die Augen zu vor der bitteren Realität. Sie behauptet, eine Umfrage unter Schulleitern habe ergeben, dass der

Bedarf für Lernmittel an Grund und Hauptschulen ca. 20 bis 30 Euro, an Realschulen ca. 40 bis 50 Euro und an Gymnasien ca. 50 Euro pro Jahr (!) betrage. „Die Ansprüche an gesetzlichen Leistungen für den Schulbesuch der Bezieher von SGB-II und SGB-XII-Leistungen sind mit dem Regelsatz abgedeckt (...)“ Alle Vorschläge von Ulrike Küstler, der Not abzuhelfen, verwirft die Stadtverwaltung. Es ginge auch anders: In Berlin werden von den Jobcenter Darlehen zur Einschulung gewährt, die dann – wenn's bzw. weil's unzumutbar ist – nicht zurückgezahlt werden müssen. Oldenburg hat einen Hilfefonds eingerichtet. Stuttgart hält die Vergabe von Darlehen nicht für möglich und lehnt einen Hilfefonds ab (...). Dabei sind derzeit die Zeitungen voll von Berichten, dass arme Familien die Schulsachen nicht kaufen können, ihre Kinder unzureichend ernährt und gekleidet und von vielen Aktivitäten bei Spiel, Sport und Kultur ausgeschlossen sind. [Kommunale Berichte Stuttgart 19/2007](http://www.kommunale-berichte.de)

Demokratiefreie Zone: NORDERSTEDT. Der Langenhorner Markt ist nach Fertigstellung des Neubaus südlich des Krohnstieg offenbar nicht nur Standort des hässlichsten Gebäudes im gesamten Stadtteil, sondern auch aus anderen Gründen abschreckend: Das schwedische Bankhaus SEB Immobilien Investment GmbH, Eigentümerin des oberen überdachten Teils des Einkaufszentrums, will ab sofort Gebühren für politische Info-Stände verlangen. 50 Euro pro Stand und Tag sollen Organisationen künftig berappen, um auf dem privaten, jedoch öffentlich zugänglichen Gelände für sich oder politische Inhalte werben zu können. Auch scharfer Protest seitens der SPD Langenhorn konnte daran bislang nichts ändern, wenngleich die Gebührenerhebung juristisch zumindest fragwürdig ist. Fest steht: Einerseits nutzt die SEB für ihren Marktteil die Vorteile des publikumswirksamen Charakters von „öffentlichen Räumen“, will aber gleichzeitig gewinnmaximierend die Vorteile des Privatbesitzes einstreichen. Demokratie lebt von freier Meinungsbildung und die kann nur funktionieren, wenn die vorhandenen Meinungen verfügbar, also da abrufbar sind, wo die Menschen hingehen, sich bewegen. Da die SEB dieses Prinzip am Langenhorner Markt mit Füßen tritt, sollte der nächste Einkauf dort wohlüberlegt sein.

www.infoarchiv-norderstedt.org/

Bürger wollen kommunale Daseinsvorsorge: BERLIN. 94% der Bürgerinnen und Bürger sagen, dass sie sich an der Mülltrennung beteiligen. Gut für die Umwelt und auch gut für die Kommunen, die nämlich verdienen am Müll der

Bürger. Die Städte und Gemeinden betätigen sich wieder stärker bei der Verarbeitung und Verwertung von Abfall. Dr. Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund: „Also da gibt es die berühmten Subsidiaritätsklauseln, das heißt die Kommune darf sich nur wirtschaftlich betätigen wenn nicht ein Privater es auch könnte. Ich halte das für falsch, ich glaube, dass die Bürger ein hohes Interesse haben, dass bestimmte Leistungen zuverlässig von der Kommune erbracht werden und sie das über ihre Vertreter im Rat auch steuern können. Das heißt, die Bürger identifizieren sich zusehends mit ihrer Stadt, aber auch mit deren Daseinsvorsorgeaktivitäten.“ www.dstgb.de

Mehr Rechtssicherheit für kommunale Daseinsvorsorge: BRÜSSEL. Die Bayerische Staatsregierung und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) setzen sich dafür ein, dass die EU wichtige Anliegen der deutschen Städte und Gemeinden und der kommunalen Unternehmen berücksichtigt, vor allem die Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung im EU-Vertrag und mehr Rechtssicherheit für die kommunale Daseinsvorsorge. Diese Forderungen standen im Mittelpunkt eines gemeinsamen Parlamentarischen Abends am 10.9.07 in der Vertretung des Freistaats Bayern in Brüssel. Ein großer Fortschritt wäre, wenn die lokale Selbstverwaltung als Bestandteil der von der Union zu achtenden Identität der Mitgliedstaaten, wie vorgesehen, ausdrücklich im geplanten neuen EU-Vertrag anerkannt würde. Die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europangelegenheiten, Emilia Müller, nimmt als Vertreterin der deutschen Länder an der Regierungskonferenz über die neuen EU-Verträge teil und wird sich dafür einsetzen. „Mit der Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung und dem vorgesehenen Zusatzprotokoll zur Daseinsvorsorge wird die Gestaltungsfreiheit der Städte und Gemeinden beim Zuschnitt und der Organisation von Leistungen der Daseinsvorsorge hervorgehoben“, betonte Oberbürgermeister Stephan Weil, der neue Präsident des VKU. Zu diesen Leistungen gehören zum Beispiel die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung und die kommunale Abfallentsorgung. Zwar habe es auf europäischer Ebene auch bislang schon viel verbale Wertschätzung für die Daseinsvorsorge gegeben, so Weil, aber wenig Verbindliches, geschweige denn klare und rechts-sichere Grundsätze. Der EU-Reformvertrag soll beim EU-Gipfel am 18./19.10.2007 in Lissabon beschlossen werden.

www.vku.de

(Zusammenstellung: ulj)

Daimler-Vorstand auf Kriegsfuß mit der Meinungsfreiheit

Thomas Adler in Alternative 38/2007: Stellen Sie sich vor, McDonalds wollte per Betriebsvereinbarung seinen Mitarbeitern verbieten, in der Freizeit gegen Fast Food und für gesunde Ernährung einzutreten – z.B. bei Greenpeace. In dieser Vereinbarung könnte z.B. stehen: „...Das Engagement von Mitarbeitern in gemeinnützigen Einrichtungen, z.B. in Vereinen oder Bürgerinitiativen ist zulässig (...) Dieses Engagement darf den berechtigten Interessen des Unternehmens nicht entgegenstehen. (...) Jeder Beschäftigte hat das Recht zur freien Meinungsausübung. Dennoch muss sichergestellt werden, dass sowohl Zeitpunkt, Rahmen und Inhalt jeder Aussage in der Öffentlichkeit mit den Interessen und Zielen des Unternehmens übereinstimmen und mit den zuständigen Vorgesetzten und dem Bereich Communications abgestimmt sind (...)"

Und stellen Sie sich vor: ein McDonalds-Betriebsrat bekäme Probleme, weil er sich an dieses demokratiefeindliche Machwerk nicht gehalten hätte. Alle Welt würde sich empören über diese unglaubliche Machtarroganz, und McDonalds würde von den Medien ganz schnell gezwungen, einen Rückzieher zu machen.

Wenn Ihnen dieser zitierte Maulkorb-Erlass bekannt vorkommt, liegen Sie richtig: er stammt nämlich nicht von McDonalds, sondern vom Daimler-Chrysler-Vorstand. Im März hat die Untertürkheimer Werkleitung per Aushang am schwarzen Brett sogar noch einmal auf diese „Verhaltensrichtlinie“ aufmerksam gemacht:

„Alle Mitarbeiter repräsentieren DaimlerChrysler in der Öffentlichkeit. Darüber sollte sich jeder bewusst sein. Alle DaimlerChrysler Mitarbeiter müssen die Verhaltensrichtlinie kennen und ihre Bestimmungen einhalten.“

Mag sein, Herr Stauch, dass das für Ihre Einkommensklasse gilt. Wir Alternative-Betriebsräte jedenfalls repräsentieren nicht DaimlerChrysler's Profitsteigerungsprogramm, die rüde Gangart gegenüber den Kolleginnen und Kollegen und den dauernden Personalabbau. Und die große Masse der Belegschaft, die unter diesem Regime leidet, repräsentiert das auch nicht.

Besonders fatal ist, dass auch diese antidemokratischen Regelungen der „Verhaltensrichtlinie“ vom Gesamtbetriebsrat (GBR) unterschrieben wurden. Die kritischen IG Metaller der Alternative hatten vor der Verabschiedung

die Untertürkheimer Vertreter im GBR dringend davor gewarnt, eine Verhaltensrichtlinie zuzulassen, die derart gefährliche Regelungen enthält. Doch die Betriebsratsspitze hat nur abgewiegt und verharmlost: die Regelungen seien nur für Spitzenmanager gedacht, „normale“ Beschäftigte seien davon überhaupt nicht berührt.

Sie war damals so realitätsblind wie heute: inzwischen werden Repressalien gegen unbequeme Betriebsräte mit dieser „Verhaltensrichtlinie“ begründet. Nicht bei McDonalds, sondern im Daimler-Werk Untertürkheim. So bekam z.B. Volker Kraft, Betriebsrat und Schwerbehindertenvertreter, eine schriftliche „Ermahnung“ von Personalchef Mauser. Weil er ein Solidaritätsschreiben an die Kollegen der Chrysler-Werke in USA und Kanada geschickt hatte. Das sei gegen die Interessen von Daimler, meinten die Herren, und deshalb ein Verstoß gegen die „Verhaltensrichtlinie“!

Jawohl, man meint im falschen Film zu sitzen. Aber der Film ist real und zeigt deutlich: die demokratischen Rechte der Kolleginnen sind für Konzernchefs nicht mehr viel wert, weil sie beim rücksichtslosen Durchsetzen der Sparpolitik gegen die Belegschaft stören.

Dagegen kommt man nicht an durch Beschwören gemeinsamer Werte mit der Geschäftsleitung ... Dagegen hilft nur der Widerstands- und Kampfgeist der Belegschaft und ihrer Betriebsräte. Und öffentlicher Druck. Diese diktatorischen Regelungen müssen aus den Verhaltensrichtlinien gestrichen werden!

lieren Arbeitnehmer/innen und Beamt/inn/en das aktive und passive Wahlrecht für die Personalratswahl, sobald ihre Zuweisung länger als drei Monate gedauert hat. Derzeit werden die Bediensteten der Stadt Frankfurt am Main, die der Rhein-Main Jobcenter GmbH zugewiesen sind, noch vom Personalrat des Jugend- und Sozialamts vertreten, an dessen Wahl sie im Mai 2004 noch teilgenommen haben.

In Hessen finden im Frühjahr 2008 im Zeitraum von März bis Mai in allen Verwaltungen und Betrieben in denen das hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) zur Anwendung kommt die Neuwahlen der Personalräte statt. Sollte das HPVG vorher nicht geändert werden würden alleine in Frankfurt am Main mehr als 400 Beschäftigte von der Wahl einer betrieblichen Interessenvertretung ausgeschlossen.

Mit der Bildung von ARGEN in privatrechtlicher Form ist dadurch eine Situation entstanden, die den dort tätigen Bediensteten ihre verfassungsmäßigen Rechte gemäß Artikel 37 hessische Verfassung vorenthält („Angestellte, Arbeiter und Beamte in allen Betrieben und Behörden erhalten unter Mitwirkung der Gewerkschaften gemeinsame Betriebsvertretungen, die in allgemeiner, gleicher, freier, geheimer und unmittelbarer Wahl von den Arbeitnehmern zu wählen sind.“).

In den privatrechtlich verfassten ARGEN, so auch in der Frankfurter Rhein-Main Jobcenter GmbH kann auch das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) nicht zur Anwendung kommen, da diese Gesellschaft kein eigenes Personal beschäftigt.

Aber selbst bei Anwendung des BetrVG hätten die zugewiesenen Arbeitnehmer/innen lediglich ein aktives, aber kein passives Wahlrecht. Den zugewiesenen Beamt/inn/en wäre auch das aktive Wahlrecht für einen Betriebsrat verwehrt.

Um dem Landesgesetzgeber deutlich zu machen, dass durch die Bildung von ARGEN verfassungsrechtliches „Niemandsland“ entstanden ist, haben sich mehrere Beschäftigte der Frankfurter Rhein-Main Jobcenter GmbH und des Jugend- und Sozialamts der Stadt Frankfurt an den Petitionsausschuss des hessischen Landtags gewandt mit dem Ziel, dass dieser rechtzeitig vor der Personalratswahl 2008 das HPVG so ändert, dass die kommunalen Beschäftigten in den ARGEN ihr aktives und passives Wahlrecht ausüben können. Sie stützen sich in ihrem Begehr auf vergleichbare Neuregelungen im bayerischen Personalvertretungsgesetz.

Inzwischen haben mehr als 670 Personen diese Petition mit ihrer Unterschrift unterstützt, unter ihnen auch gewerkschaftliche Funktionsträger wie der Frankfurter DGB-Vorsitzende Fiedler.

Aus: Frankfurter Info Nr. 19

Petition zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG)

Personalrat auch für Beschäftigte in Jobcenter!

Mit dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) wurden durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) gem. § 44 b SGB II neuartige privatrechtliche und/oder öffentlich-rechtliche Körperschaften geschaffen. In Frankfurt am Main und in anderen hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten wurden von den Kommunen den örtlichen Agenturen für Arbeit privatrechtlich ausgerichtete Gesellschaft geschaffen, der die Aufgabenwahrnehmung nach SGB II übertragen wurde.

Neben Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit wurden hessenweit auch mehr als 1.000 kommunale Arbeitnehmer/innen und Beamt/inn/en den jeweiligen ARGEN zur Dienstleistung zugewiesen.

Nach gegenwärtiger Rechtslage ver-

Mindestlöhne steigen – sechs EU-Staaten bei mehr als acht Euro

Deutschlands Nachbarn heben ihre Mindestlöhne erneut an. Außerdem zieht ein weiteres Land eine Untergrenze: Österreich führt ein tarifvertragliches Minimum ein. Alle 20 EU-Mitgliedstaaten, in denen es einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, haben diesen 2007 erhöht oder werden das noch tun. In sechs EU-Ländern werden dann keine Stundentlöhne unter acht Euro mehr erlaubt sein.

Die meisten europäischen Länder beteiligen die Geringverdiener an den Zu-

Bundesrepublik sowie Großbritannien und Irland. Elf EU-Mitglieder haben die unteren Lohngrenzen zum Januar an, sieben im Laufe des Jahres, Großbritannien und die Slowakei haben diesen Schritt zum Oktober angekündigt. Am stärksten stockten nach Schultens Untersuchung 2007 die Iren auf – der aktuelle Mindestlohn liegt mit 8,65 Euro pro Stunde um einen Euro höher als im Juli 2006. Die britische Norm steigt gegenüber dem Vorjahr um etwa

90 Cent auf 8,20 Euro, die französische um 27 Cent auf 8,44 Euro. Den höchsten Mindestlohn pro Stunde hat Luxemburg mit 9,08 Euro.

In der Regel erfolgt die Anpassung in einem jährlichen oder halbjährlichen Turnus, fast überall bestimmt sie der Staat unter Beteiligung der Tarifparteien. Die Unterschiede in den Lebenshaltungskosten spiegeln sich in den Mindestlöhnen wider: In Luxemburg liegt die Marke 17-mal so hoch wie in Bulgarien. Bezieht man die Kaufkraft mit ein, reduziert sich das Verhältnis auf 1:7. Die gemessen am Durchschnittslohn höchsten Untergrenzen haben derzeit Irland und Frankreich. Im Vergleich eher niedrig liegen die Mindestlöhne in den meisten Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas. „Sie spielen dort aber ange-sichts eher schwach entwi-kelter Tarifvertragssyste-me für die gesamte Lohn-entwicklung eine besonders wichtige Rolle“, so Tarifex-perte Schulten.

Eine neue Mindestlohn-Variante führt Österreich ein: Die Dachverbände von Gewerkschaften und Arbeitgebern haben die Tarifparteien in allen Branchen aufgefordert, bis Anfang 2009 in den Tarifverträgen die untersten Lohngruppen auf 1.000 Euro pro Monat anzuheben. Bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 39 Stunden würde dies einem Stundenlohn von 5,92 Euro entsprechen. Da aber die meisten Tarifverträge 14 Monatsgehälter enthalten, erhöht sich Schultens Analyse zufolge der faktische österre-ichische Mindestlohn bei einem Jahres-einkommen auf 6,91 Euro pro Stunde.

Europa beteiligt seine Niedriglöhner am Aufschwung



* Erhöhung wurde bereits beschlossen
Mindestlöhne werden für Stunden oder Monate festgelegt. Die aktuelle Umrechnung orientiert sich an den üblichen Wochenarbeitszeiten in den Ländern. Dabei kann es zu leichten Veränderungen gegenüber der Berechnung von Januar 2007 kommen.
Quelle: WSI Mindestlohnadatenbank 2007 | ©Hans-Böckler-Stiftung 2007

wachsen. Das zeigt die aktuelle Europa-Bilanz, die Dr. Thorsten Schulten, Tarifexperte im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut(WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, vorlegt. Bei den sechs Ländern, in denen dann mindestens acht Euro pro Stunde bezahlt werden müssen, handelt es sich um die direkten westlichen Nachbarländer der

Kommunen wollen weiter unternehmerisch tätig sein. FAZ, Die.

4.9.07. Das Institut der Deutschen Wirtschaft kritisiert die wettbewerbsverzerrende unternehmerischer Aktivitäten der Kommunen: sie seien vielfach in Bereichen tätig, die mit öffentlicher Daseinsvorsorge nichts zu tun hätten. So vermittelten manche Gemeinden Reisen oder Wohnungen, wobei die Kommunen aber von der Umsatzsteuerpflicht befreit seien. Besonders kräftig seien die Geschäfte in der Abwasserversorgung ausgebaut worden, in Westdeutschland von 1999 bis 2004 um ca. 240 %. Insgesamt steigerten sich die Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit bei den Städten und Gemeinden auf 8,8 Mrd. Nach Einschätzung des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) werden die Gemeinden ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in absehbarer Zeit nicht zurückführen, so der VKU-Präsident S. Weil: „Die kommunalwirtschaftlichen Unternehmen sind nicht nur ein unverzichtbarer Bestandteil auf dem Energiemarkt, sondern können künftig auch eine Vorreiterrolle bei der Bereitstellung von Energiedienstleistungen einnehmen.“

Hessisches Tariftreuegesetz wird von Unternehmerverbänden abgelehnt. Das geplante Gesetz gärtle die Unternehmer und nütze nichts, so der Hauptgeschäftsführer der hessischen Unternehmerverbände, V. Fasbender, Sozialministerin S. Lautenschläger und der Bezirksvorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, S. Körzell, stellten einen Gesetzesentwurf vor, dem zufolge größere Aufträge des Landes, von Gemeinden oder kommunalen Eigenbetrieben nur noch an Firmen gehen dürften, die sich schriftlich verpflichten, Tarifverträge einzuhalten. Rund 160 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bau-, Sicherheits- und Reinigungsgewerbe sollten so vor Lohndumping ab 1.1.08 geschützt sein.

Postkonkurrenz gründet eigenen Verband. FAZ, Frei. 14.9.07. Ziel des neu gegründeten „Arbeitgeberverband der Neuen Brief- und Zustelldienste“ ist, den Mindestlohn tarifvertrag für die Briefbranche zu verhindern, den ver.di mit einem von der Deutschen Post dominierten Arbeitgeberverband abgeschlossen hat. Dieser TV soll aber so bald wie möglich allgemeinverbindlich erklärt werden. Mehrere CDU-Politiker haben Widerstand angekündigt, sie befürchten, dass der Wettbewerb ausgehebelt werden könnte. 35 Unternehmen haben sich bisher dem neuen Verband angeschlossen, darunter die größten Rivalen der Deutschen Post, die Pin Group und TNT Post. Eine ver.di-Sprecherin sagte, Gespräche mit dem neuen Verband werde man sich nicht verschließen.

Presseauswertung: rst

Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie Soziale Befreiung, gegründet 1990 als Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS, will sich um Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke bemühen

In den kommenden Wochen wird die Konstituierung auch der Landesverbände der Partei Die Linke abgeschlossen sein. Nach der neuen Satzungslage muss im Anschluss daran neu festgestellt werden, welche Arbeitsgemeinschaften in der Partei die Linke anerkannt werden wollen. Diese Bestimmung gilt auch für Arbeitsgemeinschaften, die wie die unsere seit über zehn Jahren regelmäßig durch die jedes Halbjahr in mehreren Kursen gewöhnlich dreieinhalb Tage lang stattfindende „Linke Schule“.

Bei der von ihr veranstalteten Sommerschule 2007 hat die Mitgliederversammlung der ArGe am 3. August in Erfurt die neuen Gegebenheiten diskutiert.

Wir kamen zu dem Ergebnis, dass gerade angesichts der offen gebliebenen programmatischen Fragen die Fortsetzung unserer Arbeit, namentlich der „Linken Schule“, angebracht ist.

Um die Anerkennung der ArGe in der Partei zu erreichen, müssen in mindestens acht Landesverbänden unserer neu konstituierten Partei je 0,5 Prozent

(1/200) der Mitglieder (Stand 31.12.06) für diese Arbeitsgemeinschaft zeichnen oder in mindestens acht Landesverbänden entsprechend der Landesatzung als landesweiter Zusammenschluss anerkannt werden. Da unsere ArGe bisher landesverbandliche

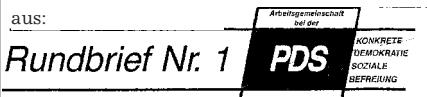
Strukturen nicht ausgebildet hat, stellt uns das vor eine neue Aufgabe.

Da wir uns zudem in einer neuen Partei befinden, ist es sinnvoll, dem Formblatt, auf dem die Zugehörigkeit zur ArGe angegeben werden muss, einen kurzen Text zur Zielsetzung und Arbeitsweise unserer Arbeitsgemeinschaft beizugeben.

Selbstverständlich nehmen nicht alle Mitglieder der ArGe regelmäßig an allen Veranstaltungen teil. Die Sammlung der Unterschriften muss deswegen in den Ländern / Regionen erfolgen, und zwar in den nächsten Wochen.

Ich bitte deswegen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die sich an der Schlussredaktion des Erläuterungstextes beteiligen und die ihnen bekannten ArGe-Mitglieder in den Regionen ansprechen wollen, bei mir den Entwurf für den Erläuterungstext abzurufen und Änderungs- bzw. Verbesserungsvorschläge mitzuteilen, damit wir sodann für die ausreichende Unterstützung werben.

Christiane Schneider, Sprecherin



ganisationen aus Bayern eine Grundlage geschaffen werden. Als konkrete Zwecke der Arbeitsgemeinschaft waren vorgesehen, der PDS im Wahlkampf die Darstellung ihrer Ziele zu erleichtern, örtliche und regionale Kontakte zu fördern, dagegen zu arbeiten, daß die Bevölkerung der DDR-Länder gegen die der BRD-Länder ausgespielt wird, und eine Diskussion über die Zukunft sozialistischer Politik zu führen.

Am 1. November 1990 fand in Ingolstadt das Gründungstreffen der die Arbeitsgemeinschaft statt. 35 Personen trugen sich in die Anwesenheitsliste ein. Sie kamen aus Coburg, Schweinfurt, Nürnberg, Beilngries, München, Rosenheim, Freilassing Ingolstadt, Augsburg, Kempten sowie aus Gera, Stadtroda, Auer-

Vorabinformation

Einladung zur Mitgliederversammlung des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaft

am 2.12.2007 in Frankfurt

Tagungsbeginn 8.30 Uhr.

Eventuelle Anreise am Vorabend bitte einplanen und anmelden.

Hat sich mit der Bildung der Partei die Linke das Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften überlebt? Diese Frage muss ernsthaft diskutiert werden. Denn die Situation hat sich erheblich geändert.

Manches spricht dafür, dass eine linke Kommunikations- und Bildungskultur gerade jetzt parteiübergreifend und parteiunabhängig angelegt sein muss. Es geht dabei nicht um eine Absetzbewegung von der Linkspartei, sondern um eine Anpassung und Fortsetzung unserer Arbeit in einer insge-

samt neuen Situation.

Schwere gesellschaftliche Fehlentwicklungen wie die Verfestigung einer Armutszone und gefährliche politische Fehlentscheidungen wie die Verstrickung der BRD in Interventionskriegen sind nur durch eine Verschiebung der öffentlichen Meinung und der Wählermehrheiten weit nach links korrigierbar, die in allen Parteien spürbar werden muss. Eine Korrektur der Politik der SPD und der Bündnisgrünen wird schwer zu erreichen sein und auch die Partei die Linke steht unter Anpassungsdruck.

Im Diskussionszusammenhang der Arbeitsgemeinschaften, die das Forum tragen, kristallisiert sich die Strategie heraus, das Forum, das schon heute ein politischer Verein ist, der seine Finanzen beim Finanzamt Köln deklariert, als eine von politischen Parteien unabhängige, freilich der Partei die Linke zugeneigte, den Traditionen und reflektierten Erfahrungen der neuen Linken der 68er Jahre verpflichtete Bildungs- und Studieneinrichtung zu konstituieren, die auch in ihren allgemeinen Zielen dienliche Publikationen fördert.

Insbesondere wird darüber zu sprechen sein, mit welcher Konzeption die

Zeitschrift „Politische Berichte“ fortgesetzt werden soll bzw. kann.

Der Arbeitsausschuss des Forums wird am 12. Oktober tagen, um das Vorbereitungsmaterial für die Mitgliederversammlung am 2.12. zusammenzutragen und die vorläufige Tagesordnung der MV zu bestimmen. Das Material wird bis Ende Oktober erhältlich sein.

Der Arbeitsausschuss bittet darum, ihm Hinweise zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung oder sonstige Anregungen rechtzeitig zu übermitteln.

Wichtiger organisatorischer Hinweis:

Die Tagung ist öffentlich. Anmeldungen sind erwünscht. Wir wollen Sonntag früh anfangen, ca. 8.30 Uhr. Von weiterer Anreise bitte Übernachtungswunsch anmelden.

Eine Einladung mit ausformulierter Tagesordnung wird nach dem Treffen des Arbeitsausschusses veröffentlicht. *Für den Arbeitsausschuss des Forums Jörg Detjen*

Ab 27. September neue Anschrift des Forums:

c/o GNN Verlag, Venloer Straße 440 (Toskana-Passage), 50825 Köln.

Offenbar Quittungen für Gelder ausgestellt, die auf ein Privatkonto flossen

Spendenaffäre belastet neue Linkspartei

Ex-Schatzmeister sieht Verstoß gegen Parteiengesetz / Bundesrevisor: Kein rechtliches Fehlverhalten

Von Uwe Ritzer

Der am Wochenende gegründete Landesverband der neuen Partei Die Linke wird von einer Spendenaffäre erschüttert. Offenkundig stellte die Vorgängerpartei PDS über Jahre hinweg Spendenquittungen für Zuwendungen aus, die nach Informationen der „Süddeutschen Zeitung“ in Wirklichkeit auf einem Privatkonto landeten. Auf dieses Konto aber hatte die Partei entgegen den Vorschriften des Parteiengesetzes keinen Zugriff. Die dubiosen Transaktionen sollen zudem im Finanzbericht der Linkspartei PDS verschleiert worden sein.

Weil die frühere PDS- und jetzige Linke-Landesvorsitzende Eva Bulling-Schröter die Affäre angeblich unter den Teppich kehren wollte, trat Karsten Nissen unlängst von seinem Amt als Landesschatzmeister der Linken zurück. Er hatte die Funktion kommissarisch in dem Übergangsvorstand übernommen, der im Zeitraum zwischen Fusion von Linkspartei PDS und WASG auf Bundesebene bis zur Gründung des bayerischen Lan-

desverbandes am Wochenende amtierte. In dieser Zeit stießen der Schatzmeister und eine Mitarbeiterin der Berliner Parteizentrale „auf Finanztransaktionen, die nach meiner Ansicht nicht im Einklang mit dem geltenden Parteiengesetz stehen“, wie Nissen in einem internen Papier schrieb, das der SZ vorliegt. Der Ex-Schatzmeister, der auf Nachfrage der SZ jede Stellungnahme verweigerte, dokumentiert darin, wie seit 2003 die aus seiner Sicht fragwürdigen Transaktionen abgewickelt wurden. Sie gingen über ein Konto mit der Nummer 431893309 bei der Postbank. Verfügungsberechtigt war Dieter L., Finanzverantwortlicher der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG), einer Nachfolgeorganisation des früheren linksextremen Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK).

Auf dieses Konto sollen neben Spendern auch die Bezieher linker Publikationen – vornehmlich jener aus dem Stuttgarter GNN Verlag Süd – den betreffenden Kaufpreis eingezahlt haben. „Von einer Spende an die Partei kann also nicht geredet werden“, heißt es in dem internen Nissen-Papier. Dennoch stellte die

PDS über die Beträge Spendenquittungen aus, insgesamt „jährlich zirka 20 000 Euro“. Der Vorgang sei „in verschleierter Form im Finanzbericht 2006 als Einnahmen und Ausgaben dargestellt“ worden. Tatsächlich sei das Geld von dem Privatkonto über einen „Dauer- auftrag ohne irgendwelchen Beleg“ an die KAG und eine „immer gleiche Rechnung“ an den GNN-Verlag geflossen. Diese Praxis steht nach Ansicht von Kritikern in krassem Gegensatz zum Parteiengesetz. Dessen Paragraph 25 legt fest, dass nur solche Zuwendungen als Spenden gelten, die „in den Verfügungsbericht eines für die Finanzangelegenheiten zuständigen Vorstandsmitglieds oder eines hauptamtlichen Mitarbeiters der Partei“ gelangt sind. Beides war hier offenkundig nicht der Fall.

Eva Bulling-Schröter, seit 2000 PDS- und seit Samstag Landeschefin der neuen Partei Die Linke, will von all dem nichts gewusst haben. „Als Landessprecherin habe ich anderes zu tun, als mich um solche formalen Dinge zu kümmern“, sagte die Ingolstädter Bundestagsabgeordnete der SZ. „Dafür gibt es andere im

Vorstand.“ Sie wisse weder, seit wann diese Spendenpraxis bestehe, noch in welchem Umfang dafür Quittungen ausgestellt wurden. „Hier wird etwas gegen meine Person instrumentalisiert, um mir politisch zu schaden“, glaubt sie. Sämtliche Finanzberichte der PDS seien geprüft und nie beanstandet worden.

Ähnlich argumentiert Thomas Händel, Mitglied der Bundesfinanzrevision der Linken. „Es handelte sich bei dem fraglichen Konto nicht um ein reines Parteikonto, aber es wurde wie eines geführt“, sagt er. „Die Sache war nicht in Ordnung, stellt aber kein finanzielles oder rechtliches Fehlverhalten dar.“ Nun würden Bundes- und Landesfinanzrevision die Angelegenheit aufarbeiten.

Viel hätte nicht gefehlt und die dubiose Spendenpraxis wäre beim Parteitag am Samstag in Zirndorf öffentlichkeitswirksam aufgeflogen. In Anträgen verpackte Anfragen von Mitgliedern wurden aber ohne Diskussion in die Partiegremien verwiesen. In den Anträgen ist von „skandalösen Finanzpraktiken“ und „zutiefst demokratiefeindlichen Machenschaften“ der Parteiführung die Rede.

Wie man aus einer Richtigstellung einen Vorwurf macht

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift berichteten wir über die Würdigung, die Vorgänge im Landesverband Bayern der Linkspartei PDS in der Internetzeitung Linkszeitung.de erfahren haben. Inzwischen hat Uwe Ritzer in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) vom 18.9. Papiere und Informationen, die auf dem konstituierenden Parteitag der Partei die Linke Bayern umgelaufen sein müssen, aufgegriffen, in denen der Vorwurf erhoben wird, der Haushalt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, seit den 1990er Jahren als Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS Bayern, sei nicht legal. Tatsache ist, dass der Haushalt der Arbeitsgemeinschaft für das Jahr 2006 sowie die Haushalte der davor liegenden Jahre von der Landesmitgliederversammlung der Linkspartei PDS genebilligt worden war. (Der in öffentlicher Sitzung gefasste Beschluss liegt dieser Zeitschrift vor). Die Zuwendungen an die AG waren damit Spenden an die Partei und die Ausgaben der KAG z.B. für Lokalzeitungen in Bayern (übrigens einsehbar unter www.gnn-verlage.com) wurden ebenso in die Buchhaltung der Partei aufgenommen.

Der SZ-Autor, der Behauptungen aus einem internen Papier wiedergibt, muss einräumen, dass dessen Urheber gegenüber der Presse zu diesen Behauptungen nicht Stellung nehmen will. Die Auskunft, die Thomas Händel, ein Mit-

glied des Bundesfinanzrevisionskommission der Partei die Linke, der „Süddeutschen Zeitung“ gab, lautete hingegen, dass eine Wiederholung der von dem ehemaligen Schatzmeister zwar erfundene und verbreiteten, aber eben nicht bestätigten Behauptungen eigentlich nicht zu vertreten ist. So sagt Händel zur SZ: „Es handelte sich bei dem fraglichen Konto nicht um ein reines Parteikonto, aber es wurde wie eines geführt“, und: „Die Sache war nicht in Ordnung, stellt aber kein finanzielles oder rechtliches Fehlverhalten dar.“ Der SZ-Autor Uwe Ritzer nennt für die Behauptungen, die er verbreitet, keine geprüfte Quelle. Herr Ritzer würde sich wohl nicht wünschen, dass auf solcher Grundlage Behauptungen über seine Person und zum Beispiel Berufsauffassung in die Welt gebracht würden.

Andererseits sind die Privilegien der Parteien beim Umgang mit den ihnen staatlich zugewiesenen oder aus der Bevölkerung gespendeten Mitteln erheblich. Hält in einer Partei, besonders in einer kleinen, wenig gefestigten, eine Personengruppe an Missbrauchsvorwürfen beharrlich fest, entsteht ein öffentliches Interesse an definitiver Klärung. Und so ist es nun mal im Landesverband Bayern der Partei die Linke. Unklar bleibt dabei, wer die Verantwortung für den Schaden am Ansehen der falsch Bezeichneten übernimmt, wenn – wie es nach unserer Kenntnis sicher ist und wie es auch die Stellungnahme von Thomas Händel und das Schweigen des Urhebers jener rufschädigend in Umlauf gebrachten Gerüchte nahe legen – rechtliches und finanzielles Fehlverhalten nicht vorliegt.

Alfred Küstler

Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Estland

Aufbruch oder vorläufiges Ende?

„Einhundert Jahre linke Bewegung in Estland und neue europäische Herausforderungen.“ – unter diesem Motto fand am 7. Juli in Zusammenarbeit mit der Mihkel-Martna-Stiftung (Estland) ein Workshop der RLS in der estnischen Haupstadt Tallinn statt. Eingeladen waren sowohl Vertreter der Estnischen Linkspartei, der tschechischen Linken als auch der deutschen Linkspartei. Die Themen der Beiträge spannten den Bogen von der sozialdemokratischen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis hin zu den aktuellen Entwicklungen in den europäischen Linksbewegungen der heutigen Zeit.

Die Kulturhistorikerin Malle Salupere (Mihkel-Martna-Stiftung, Tartu) blickte auf die Sozialdemokratie in Estland vor 1918 zurück. Sie verwies insbesondere auf die Jahre 1905–07, die auch für die junge estnische Arbeiterbewegung einen großen Einschnitt darstellten. In dem zum Russischen Reich gehörenden Estland spalteten sich die Sozialdemokraten entsprechend der Linie der SDAPR (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands) in Bolschewiki und Menschewiki. Zumeist wurde insbesondere in der Frage der Unabhängigkeit des Landes unterschiedliche Position bezogen. Die Bolschewiki vertrauten auf den großen revolutionären Zusammenhang, der Fragen von Grenzen kleinerer Länder oder gar die staat-

liche Unabhängigkeit kleinerer Nationen ohnehin erledigen würde. In den Reihen der Menschewiki fanden sich jene Kräfte wieder, die in der Frage der zukünftigen Gestaltung Estlands eher im Sog Finnlands auf eine Zunahme demokratischer und nationaler Rechte hofften, ohne allerdings die Unabhängigkeitsfrage zu stellen. Denn diese Frage war in Estland durch vielfältige Problemstellungen überlagert, etwa in Rücksicht auf die jahrhundertealte kulturelle Hegemonie der im Lande lebenden Deutschen, der die seit dem 18. Jahrhundert dauernde russische Herrschaft wenig anhaben konnte. Die Referentin verwies an Hand einzelner Fälle aus der frühen Geschichte der Arbeiterbewegung auch darauf, dass in der Geschichtsschreibung zu sowjetischen Zeiten viele weiße Flecken quasi verordnet wurden.

Prof. Dr. Olav Kuuli (Tallinn) stellte mit Mihkel Martna (1860-1934) den bedeutendsten Sozialdemokraten in Estlands Geschichte und zugleich Namensgeber der Partnerorganisation vor. Der Sohn armer Bauern reifte in seiner Tätigkeit für die Arbeiterbewegung zu einer der großen Gestalten im politischen Leben Estlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aus der frühen politischen Wahl für die Menschewiki entwickelte sich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs eine dezidiert auf die Lösung des Landes von Russland orientierte Haltung. Zuvor war er über viele Jahre im Ausland, vor allem in der Schweiz, in Dänemark, Deutschland und Finnland tätig. Er unterhielt Kontakte zu Karl Kautsky, zu den Führern der Bolschewiki Lenin und Trotzki, auch zu Rosa Luxemburg. Im Ersten Weltkrieg bezog er eindeutig Stellung gegen den Krieg. Der Oktoberrevolution 1917 trauten er nicht zu, eine stabile Herrschaft über das Russische Reich zu etablieren. Von 1919 bis 1934 saß er im Parlament der ersten estnischen Republik. Er publizierte neben Arbeiten in seiner Muttersprache auch auf Finnisch und Deutsch (z.B. 1918 „Estland, die Esten und die estnische Frage“). Zu Zeiten der Sowjetunion wurde offiziell kaum noch an ihn erinnert. Im heutigen Estland ist keine Straße oder öffentlicher Platz, keine Schule nach ihm benannt. Im Rahmen der Tagung stellte der Historiker seine biographische Skizze „Mihkel Martna. Wegbereiter der Sozialdemokratie in Estland“ vor, die auf Deutsch und Estnisch auf das mit dieser Persönlichkeit verbundene Kapitel estnischer Geschichte kritisch aufmerksam zu machen beabsichtigt.

Tiit Toomsalu (Mihkel-Martna-Stiftung, Tallinn) besprach Chancen und Perspektiven der Linksbewegung im heutigen Estland. Er hält drei Szenarien für denkbar.

Es könnte erstens sein, dass die organisierte linke politische Bewegung in

Estland auf ihr vorläufiges Ende zusteuert. Ein Wiederaufbau könnte zehn bis fünfzehn Jahre in Anspruch nehmen.

Zweitens könnte es darauf hinauslaufen, dass die estnische Linke sich künftig strikter nach den Vorstellungen der europäischen Sozialdemokratie ausrichtet und dabei auf eine Rolle orientiert, die für die Sozialdemokraten in der ersten Republik bezeichnend war.

Drittens schließlich bestünde die Möglichkeit, dass die neuen Tendenzen in der europäischen, insbesondere aber in der deutschen Linken zu einem Aufbruch auch unter Estlands Linken führen. Das hieße, die Linke in Estland auf vollkommen neue Grundlagen zu stellen. Dafür gebe es aber im Augenblick weder institutionelle noch genügende personelle Ressourcen.

Nach seinem Dafürhalten spreche vieles dafür, dass Estlands Linke den bitteren ersten Weg durchleben werde. Im Anschluss skizzierte der Referent noch einmal wichtige Etappen in der bisherigen Entwicklung der Linken in Estland, wobei insbesondere die Zeit nach dem Ende der KPdSU bzw. KP Estlands als gravierender Einschnitt bewertet wurde. Leider, so sein nachdenkliches Fazit, haben Estlands Linke es versäumt, aus dem raschen Ende alter Herrlichkeit heraus einen zukunftsweisenden Neuanfang zu finden.

Daniele Monticelli (Universität Tallinn) machte einen Katalog verschiedener Themen auf, denen sich eine moderne Linke in Estland künftig stellen müsste. Nachdem er vor Jahren aus Italien an die Küste des Finnischen Meerbusens gekommen sei, habe er schnell erfahren können, welch tolerantes Land Estland eigentlich sei. Dennoch gebe es Themenstellungen, die geradezu danach verlangten, von einer modernen linken politischen Kraft aufgenommen zu werden. Als solche Chancen verstehe er insbesondere den Bereich der Steuerpolitik, wo bisher neoliberale Vorstellungen unangefochten vorherrschten, den Bereich der Gleichstellung nationaler Bevölkerungsgruppen, wo es bekanntlich die meiste Kritik aus dem Ausland gebe, und den Bereich der Verkehrspolitik, der bisher eindeutig durch das Auto beherrscht werde. Ebenso klare Zeichen müsste eine Linke in der Frage der Außenpolitik setzen, denn diese schreie förmlich nach Alternativen zum vorherrschenden Kurs der unkritischen Anbiederung an die gegenwärtige US-Administration. Zu meinen, die Unabhängigkeit des Landes könne am besten durch einen möglichst engen Schulterschluss mit Washington geschützt werden, sei einer der großen Schwächen laufender estnischer Politik. (...)

(Aus Platzgründen gekürzt. Entnommen von: www.rosalux.de.

Autor: Dr. Holger Politt)

Mitteilung der Europäischen Kommission zu Prinzipien der Flexicurity

Frontalangriff auf die Beschäftigten oder Gestaltungsfeld?

„Flexicurity“ – was ist das eigentlich?

„Flexicurity“ ist eine relativ neue Wortschöpfung und geistert heute durch viele arbeitsmarktpolitische und Arbeitsrechts-Debatten. Der Begriff soll deutlich machen, was in der Realität verknüpft werden soll: „Flexibilität“ und „Security“ (= Sicherheit). Die ersten „Flexicurity“-Konzepte waren in den Niederlanden und Dänemark entstanden. Beide Varianten waren sozialpartnerschaftlich angelegt, in den Niederlanden basierend auf dem „Polder-Modell“ der Kooperation von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, in Dänemark auf ähnlichen Grundlagen basierend. In Dänemark haben die Gewerkschaften noch heute erhebliche Mitspracherechte bei der Arbeitslosenversicherung, das Arbeitslosengeld ist deutlich höher (ca. 80% des alten Nettoeinkommens) und wird auch sehr viel länger gezahlt, so dass die Sorge vor sozialem Absturz infolge Arbeitslosigkeit sehr viel geringer ist als hierzulande. Im Gegenzug gibt es fast keinen Kündigungsschutz und besteht für Arbeitslose eine Verpflichtung zu sofortiger Weiterbildung und Umschulung, wenn kein neuer Job im alten Beruf verfügbar ist. Beide Konzepte – in den Niederlanden wie in Dänemark – hatten Wirkungen auf die Arbeitsmärkte, operierten jedoch mit sehr verschiedenen Elementen.

Der Begriff „Flexicurity“ wurde dann in der wissenschaftlichen Diskussion aufgenommen und auch in der politischen Debatte, als Gegengewicht zu den dominierenden neoklassischen (heute würde man sagen: „neoliberalen“) Ansätzen am Ende der 90er Jahre. Es hat sich jedoch bis heute kein übereinstimmendes und festes Konzept herausgebildet, was genau mit „Flexicurity“ gemeint ist, und die möglichen Kombinationen verschiedenster Elemente bleiben daher für unterschiedliche Ansätze und Ziele offen. In Teilen der Linken und der Gewerkschaften gilt „Flexicurity“ deshalb auch bis heute als neoliberales Teufelszeug. „Dies wirft die Frage auf, in welchem Umfang die verschiedenen europäischen Akteure die gleiche Interpretation von Flexicurity haben und in welchem Umfang man wirklich von einem Konsens sprechen kann.“ (1, S.12)

EU-Kommission macht sich „Flexicurity“-Ziel zu eigen

Auf der europäischen Ebene spielt der Begriff seit einigen Jahren eine Rolle.

Seine nähere Ausgestaltung geschah wesentlich mit der Operationalisierung der sogenannten „Lissabon-Strategie“ der EU, die das Ziel verfolgt, die EU zu dem weltweit bei Innovationen führenden, am schnellsten wachsenden, wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen. Im Oktober 2006 schloss die Europäische Kommission ihre Vorbereitungen zur Ausgestaltung eines Konzeptes mit einer großen Konferenz ab, die sich wesentlich an die Sozialpartner, sprich die europäischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände richtete. Durchaus die dortigen Diskussionen aufnehmend und auch auf die scharfe Kritik aus dem Gewerkschaftslager reagierend, veröffentlichte die Kommission am 27. Juni diesen Jahres eine Mitteilung zu gemeinsamen Flexicurity-Prinzipien (siehe Dokument). Die Mitteilung (2) ergänzt das Grünbuch zum Arbeitsrecht, mit dem das Arbeitsvertragsrecht, neue Beschäftigungsformen, der Kündigungsschutz aber auch die ta-

rifvertragliche Einflussphären thematisiert werden. (Siehe Ausgabe Nr. 17 der Politischen Berichte.)

Das Konzept passt sich ein in eine Reihe grundlegender politischer Ansätze der Europäischen Kommission, bzw. ihrer Funktion. Ein Ziel ist der Bürokratieabbau, der vor allem auf weiche Regulierung, der Orientierung an „besten Praktiken“ und auf Subsidiarität setzt. So wurde in der Sozialpolitik und hier vor allem in der Beschäftigungspolitik die Rolle der Sozialpartner systematisch gestärkt. Ferner strebt die Kommission eine Rolle als Mittler zwischen verschiedenen, auch gegensätzlichen Positionen an. Drittens orientiert sie sich damit an Diskussionen rund um das Europäische Sozialmodell (3), das vor allem durch die Vermittlung von ökonomischer Freiheit und sozialer Sicherheit/sozialen Rechten geprägt ist.

Sorgen der Gewerkschaften

Hier setzen jedoch auch die Kritiken

insbesondere aus Kreisen der Gewerkschaften an, die bei der Durchsetzung von Flexicurity-Ansätzen vor allem die Gefahr der weiteren Deregulierung im Arbeitsrecht und der weiteren Aushebelung tariflicher Gestaltungsmacht sehen. Vor dem Hintergrund der Kapitaldominanz und der Orientierung an neoklassischen Wirtschaftskonzepten würde die Frage der Sicherheit letztlich in den Hintergrund geraten, zur abhängigen Variable der Flexibilität verkommen, wird in dem Arbeitspapier des EGB geschlussfolgert. (1, S.7). „Der Vorstoß der europäischen Kommission könnte allerdings auch dazu verwendet werden – und das Grünbuch selbst nähert in erheblichem Ausmaß diesen Verdacht –, dass die ‚Kluft zwischen Insidern und Outsidern‘ lediglich durch Abbau von Schutzrechten der Beschäftigten verkleinert wird, Flexibilisierung also leichter durchgesetzt wird, die Stärkung sozialer Sicherheit aber papiernes Versprechen bleibt.“ (4, S.416).

Kommentiert: EGB-Positionspapier (unveröffentlicht)

Grundlegende Erwiderung des EGB auf die Mitteilung der Kommission: „Frische“ Reformen zur Verbindung und Ergänzung des Arbeitsplatzschutzes und der Beschäftigungssicherheit

Die Mitteilung der Kommission dreht sich wesentlich um den Abbau der Kündigungsschutzsysteme in Europa. Der EGB wird diesen Angriff mit der Verteidigung des Rechts auf einen sicheren Arbeitsplatz als ein grundlegendes Beschäftigtenrecht und durch das Vorantreiben einer „frischen“ Methode der Reformen anstelle einer (beinahe) totalen Deregulierung verteidigen. Institutionen zum Schutz des Arbeitsplatzes sollten nicht durch die Reduzierung des Schutzniveaus, sondern durch ihren Neuentwurf reformiert werden, damit ihre Effektivität der Gewährleistung von Sicherheit bei Übergängen erhöht wird. Arbeitsplatzsicherheit sollte durch Beschäftigungssicherheit nicht reduziert, sondern ergänzt werden. Insbesondere eine frühzeitige Ankündigung bietet nicht nur den Entlassenen ein frühzeitiges Warnsignal, sondern macht es auch möglich, diese Beschäftigten unmittelbar zu unterstützen und sie für die Suche nach anderen und einkömmlichen Beschäftigungen vorzubereiten, auch wenn sie noch bei dem alten Arbeitgeber beschäftigt sind.

„Frische“ Reformen sollten auch die Qualität der Arbeit ins Zentrum stellen, wie es im Papier der Präsidentenstrostroika zur Flexicurity gemacht wurde. Es unterstützt gerechte Löhne,

Beteiligungsrechte der Beschäftigten, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Balance von Arbeit und sozialem Leben. Dieser Ansatz sollte mit zusätzlichen Elementen der Qualität der Arbeit ... erweitert werden und das Element der Qualität und Sicherheit von Arbeitsverträgen aufnehmen.

Ein drittes Element eines modernen Flexicurity-Ansatzes ist die Unterstützung der sozialen Dialoge repräsentativer Sozialpartner und kollektive Verhandlungslösungen, die einen Ausgleich zwischen Flexibilität und Sicherheit herstellen. Dieser Ausgleich sollte primär zwischen den Sozialpartnern durch die Aushandlung von Tarifverträgen hergestellt werden, insbesondere in Ländern, in denen die reine Stärke der Gewerkschaften aus sich heraus die Funktion eines Gegengewichts hat. Die Diversität der industriellen Beziehungen in Europa vorausgesetzt, muss das Arbeitsrecht in vielen Fällen seine Rolle als Schutz der Beschäftigten gegen unfaire Entlassungen, Diskriminierung und gegen die Entscheidungsmacht der Arbeitgeber bei der Arbeitsplatzreduzierungen behalten und muss diese teils auch ausgebaut werden. Der EGB unterstreicht, dass die Förderung tarifvertraglicher Lösungen den Wechsel von Lippenbekenntnissen zu einer echten europäischen und nationalen politischen Initiative mit sich bringen wird, einschließlich zur Entwicklung der Rolle der Sozialpartner für die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme, zu umfassenderen Tarifverhandlungen (zum Beispiel Tarifverträge über den Zugang zu Weiter-

bildung) und der Achtung der autonomen Handlungsfähigkeit der Sozialpartner.

Im Anhang der Mitteilung schließlich verlässt die Commission etwas ihren ideo- logischen Ansatz und beschreibt unterschiedliche Pfade hin zu mehr Flexicurity. Diese Pfade bieten hilfreiche Beispiele eines „frischen“ Ansatzes für Reformen.

- Stärkung der Position und der Rechte atypisch Beschäftigter und/oder schwächerer Gruppen (gleicher Lohn, Mindestzahl von Arbeitsstunden, Grenzen bei Kettenarbeitsverträgen).
- Tarifverhandlungen zur Einrichtung von Töpfen für Qualifizierung auf regionaler oder sektoraler Ebene.
- Unmittelbare Unterstützungen bei der Ankündigung von Entlassungen.
- Kampf gegen frühzeitige Schulabgänge und das Problematisieren von Analphabetentum und Rechenunfähigkeit.
- Fortschritte zu gewährleisten hinsichtlich der Qualität von Beschäftigungsverhältnissen und aktiver Arbeitsmarktpolitik, die angemessene Qualifizierungen bietet, um Aufwärtsmobilität und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.
- Die Anhebung von Arbeitslosenunterstützungen auf ein angemessenes Niveau, das erlaubt, sich Arbeit zu suchen, ohne informeller Beschäftigung nachgehen zu müssen.
- Die umfassende Förderung von Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen durch die Regierungen.

Brüssel: 12.07.2007 (eigene Übersetzung – rog)

Für den EGB steht vor allem der Angriff auf den Kündigungsschutz im Vordergrund, aber auch die Gefährdung tariflicher Gestaltungsmacht. (Siehe die dokumentierten Auszüge) Ausdrücklich fordert der EGB, die Kommission müsse den Wirkungsgrad tariflicher Regelungen stärken.

Defensiv abwehren oder offensiv gestalten?

In der gewerkschaftlichen Diskussion fallen einige Schwierigkeiten ins Auge. Mehr oder weniger alle Akteure auf der europäischen Ebene beziehen sich positiv auf mögliche Wirkungen von Flexicurity-Konzepten. Auch der EGB lobt ansatzweise die in den vier Optionen der Kommissionsmitteilung gemachten Vorschläge für die konkrete Umsetzung von Flexicurity. Es gibt jedoch bisher nicht viel, was die Gewerkschaften selbst zur näheren Ausgestaltung dieser Optionen vorlegen könnten. „Andere Europäische Akteure befinden sich in einer relativ frühen Phase der Entwicklung einer konkreten Position zu der Frage, welches Flexicurity-Modell sie unterstützen.“ (1, S.17)

Beispiel: „lebenslanges Lernen“

Augenfällig ist dies z. B. bezüglich der verschiedenen Politikbereiche, die sich rund um das Thema lebenslanges Lernen gruppieren. Hier sind in den letzten Jahren nicht nur eine Fülle von Programmen entstanden, die Geld verteilen, sondern die strukturierend auf die Bildungssysteme und strukturierend auf die Sozialstrukturen der europäischen Gesellschaften einwirken. So gibt es zwei Initiativen der Europäischen Kommission, die eigentlich die Gewerkschaften hätten erfinden müssen. Dies sind zum Einen der Europäische Qualifikationsrahmen und zum Anderen ein europäisches Kreditsystem der beruflichen Bildung. Kurz gesagt geht es (auch) darum, Qualifikationen vergleichbar zu machen, Mobilität der Beschäftigten zu erleichtern, praktische Erfahrungen gegenüber formalen Abschlüssen aufzuwerten, nicht formale Lernstrukturen anzuerkennen oder Qualifizierungsmöglichkeiten für Migranten zu eröffnen. Alles Punkte, zu denen vielfältige Initiativen der Gewerkschaften denkbar wären, bis hin zu dem Thema, das Recht auf Bildung und Weiterbildung bis zu einem bestimmten Niveau (z.B. bis Facharbeiterabschluss) lebenslang jeder Person einzuräumen und auch gesetzlich zu ermöglichen. In einzelnen skandinavischen Ländern ist das bereits heute gesetzlich umgesetzt, im europäischen Sozialmodell grundsätzlich auch – wenngleich vage – anerkannt. Wie und mit welchen Schritten aber ein solches Recht konkret ausgestaltet und praktisch verwirklicht werden soll – darüber schweigen vielfach auch die Gewerkschaften bis heute.

Freizügigkeit oder Abschottung?

Um zu einer solchen, mehr offensiv gestaltenden als defensiv alte Muster verteidigenden Strategie zu kommen, müssen jedoch auch einige Dilemma auf Seiten der Gewerkschaften aufgelöst werden. Das gilt vor allem für die Vorbehalte gegen die Freizügigkeit. Der Vorsitzende der IG BAU forderte beispielsweise kürzlich in einer Pressemitteilung erneut, die Grenzen für die ost-europäischen Beschäftigten so lange wie möglich dicht zu halten. Ein ähnliches Muster findet sich bezüglich der Berufsbildung. Bei nicht wenigen Gewerkschaftsmitgliedern und entsprechend auch in den Gewerkschaftsstrukturen findet sich eine ausgemachte berufsständische Attitüde, die nicht nur darauf gerichtet ist, Qualitätsstandards in der Ausbildung zu begründen. Wer nicht den Abschluß als xyz nachweisen kann, darf hier nicht her. Beides repräsentiert einen Habitus der Abgrenzung, der Exklusion, beides verbaute Wege zu mehr Solidarität zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Ländern und dazu, ein zumindest teilweise gestaltungsoffenes Feld auch aktiv zu nutzen.

Angriffe werden kommen

Auf der anderen Seite ist ein gewisses Maß an Skepsis gegenüber den Plänen der EU auf Seiten der Gewerkschaften durchaus berechtigt. Ganz sicher wird es bei der nationalen Umsetzung der Flexicurity in vielen Ländern Angriffe auf bestehende Arbeitsschutzstandards wie den Kündigungsschutz geben. Und gegen unverhohlene Drohungen, wie sie in der dokumentierten Option 3 bezüglich der Arbeitslosengeldbezüges gemacht werden, sollte echter Widerstand organisiert werden. Aber der Kampf dagegen ersetzt nicht die Aufgabe, die offenen Handlungsfelder zu besetzen, so wenig wie der Ruf, die Kommission möge den sozialen Dialog stärken, durchsetzungsfähige Gewerkschaften zur Folge hat.

rog

Quellen:

- 1) Maarten Keune und Maria Jepsen: Not balanced and hardly new: the European Commission's quest for flexicurity (Arbeitspapier – Englisch)
http://www.etui-rehs.org/research/media/files/discussion_papers/2007/wp_2007_01
- 2) Mitteilungen sind ein Rechtsinstrument, mit dem die Mitgliedsstaaten nicht gezwungen werden, ein Rechtsgut direkt zu übernehmen (Verordnung) oder seinen Sinn in eigenes nationales Recht umzusetzen (Richtlinie) sondern mit dem Ansätze, Konzepte und Vorgehensweisen empfohlen werden, die dann eigenständig in nationale Politiken umgesetzt werden.
- 3) Jaques Delores kreierte den Begriff Mitte der 80er Jahre. Ökonomische Freiheit sollte mit demokratischer Teilhabe in der Gesellschaft, dem Recht auf Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheitsvorsorge kombiniert werden.
- 4) Heide Pfarr: Flexicurity: ein Konzept für das Arbeitsrecht der Zukunft ?; in: WSI Mitteilungen 8/2007, S. 416-420

Was bedeutet Flexicurity?

Flexicurity lässt sich definieren als integrierte Strategie zur gleichzeitigen Stärkung von Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt.

Bei der Flexibilität geht es zum einen um erfolgreiche „Übergänge“ im Laufe des Lebens: von der Schule ins Arbeitsleben, von einer Arbeitsstelle zur anderen, zwischen Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigung sowie von der Berufstätigkeit in den Ruhestand. Sie beschränkt sich nicht auf umfassendere Befugnisse für Unternehmen, Personal einzustellen und zu entlassen, und besagt nicht, dass das Konzept unbefristeter Verträge veraltet ist. Es geht um die Übernahme besserer Arbeitsplätze durch die Arbeitnehmer, den „sozialen Aufstieg“ und die optimale Entwicklung von Fähigkeiten. Es handelt sich auch um flexible Formen der Arbeitsorganisation, mit denen man neue Bedürfnisse und Fertigkeiten im Produktionsbereich rasch und wirksam in den Griff bekommen kann, und darum, die Vereinbarkeit von Beruf und privaten Pflichten zu erleichtern. Sicherheit zum andern ist mehr als nur die Gewissheit, die Arbeitsstelle zu behalten: es geht darum, Menschen die Fähigkeiten zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen, im Laufe ihres Berufslebens voranzukommen, und ihnen dabei zu helfen, eine neue Beschäftigung zu finden. Es geht auch um angemessene Leistungen bei Arbeitslosigkeit, damit Übergänge erleichtert werden. Schließlich schließt Sicherheit auch Fortbildungsmöglichkeiten für alle Arbeitnehmer ein (insbesondere Geringqualifizierte und Ältere).

Die Komponenten der Flexicurity

Die Kommission und die Mitgliedsstaaten haben unter Berücksichtigung von einschlägigen Erfahrungen und von Analyseergebnissen einen Konsens erreicht, gemäß dem sich Flexicurity-Maßnahmen mit Hilfe von vier Komponenten konzipieren und umsetzen lassen:

- flexible und zuverlässige vertragliche Vereinbarungen (aus der Sicht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, der „Insider“ und der „Outsider“) durch moderne Arbeitsgesetze, Kollektivvereinbarungen und Formen der Arbeitsorganisation:
- umfassende Strategien des lebenslangen Lernens, durch die sich die ständige Anpassungsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer gewährleisten lassen, insbesondere der am meisten gefährdeten;
- wirksame aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Menschen

Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit

tatsächlich dazu verhelfen, den raschen Wandel zu bewältigen, die Zeiten der Arbeitslosigkeit verkürzen und Übergänge zu neuen Arbeitsverhältnissen erleichtern;

- moderne Systeme der sozialen Sicherheit, die eine angemessene Einkommenssicherung bieten, die Beschäftigung fördern und die Arbeitsmarktmobilität erleichtern. Dazu gehört eine umfassende Abdeckung durch Sozialschutzleistungen (Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Renten und Gesundheitsfürsorge), die den Menschen dazu verhelfen, einen Beruf mit privaten und familiären Aufgaben zu verbinden, wie zum Beispiel der Kinderbetreuung.

Option 3: Lösung des Problems der Qualifikationsdefizite und der geringeren Chancen bestimmter Arbeitskräfte

Diese typische Option ist interessant für Länder, in denen das größte Problem darin besteht, dass ein Teil der Bevölkerung erhebliche Qualifikationsdefizite aufweist und wesentlich geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat. Sie würde geringqualifizierten Personen Gelegenheit bieten, eine Beschäftigung aufzunehmen und ihre Qualifikationen auszubauen, um so eine zukunftsfähige Position auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

In diesen Ländern liegen die Beschäftigungsquoten meist hoch, doch gilt das nicht in gleichem Maße für alle Gruppen von Erwerbstägigen, so dass Aufstiegschancen verbessert werden müssen. Die vertraglichen Regelungen sind meist flexibel genug, müssten aber in einigen Fällen schwächere Gruppen auf dem Arbeitsmarkt stärker schützen. Qualifikationsdefizite und geringere Chancen können zu einer Segmentation in bestimmten Branchen und Betrieben sowie bei den Ergebnissen auf dem Arbeitsmarkt führen. Es besteht die Gefahr, dass spezifische Gruppen (Frauen, allein erziehende Mütter, Migranten, Behinderte, junge und ältere Arbeitskräfte) vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Dies kann zu einem hohen Anteil der dauernd auf Sozialleistungen angewiesenen Personen und zu einem Anstieg der Armutsschicht führen. Aktive Arbeitsmarktpolitiken stellen einen starken Anreiz für die Aufnahme einer Arbeit dar, doch könnten noch größere Anstrengungen im Hinblick auf eine Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze und des Qualifikationsniveaus erforderlich

sein.

Die Vorteile für die Bürger und die Gesellschaft würden darin bestehen, dass Geringqualifizierte durch den leichteren Einstieg in neue Berufe, die ihnen neue Chancen bieten, ihre gesellschaftlichen Aufstiegschancen verbessern könnten.

Vertragliche Regelungen würden weniger qualifizierten Arbeitnehmern die Aufnahme einer Beschäftigung zu Bedingungen ermöglichen, die ihren potenziellen Arbeitgebern Vorteile bieten, die den Arbeitnehmern selbst aber den Aufstieg in etablierte Vertragsverhältnisse erlauben, wenn sich ihre Qualifikationen verbessern und das Arbeitsverhältnis dauerhafter wird.

Strategien des lebenslangen Lernens können einen Lösungsansatz für das Problem der geringeren Chancen bestimmter Arbeitskräfte bieten; diese Strategien müssten schon bei der schulischen Grundbildung ansetzen. Sie dienen nicht nur der Verringerung der Schulabrecherquote und der Verbesserung des allgemeinen Qualifikationsniveaus von Schulabgängern, sondern auch der Lösung zahlreicher anderer Probleme wie des Analphabetentums von Erwachsenen. Fortbildungsmaßnahmen würden sich besonders auf Geringqualifizierte konzentrieren. Modelle, bei denen Arbeit und Ausbildung miteinander kombiniert werden, und die Mobilität zwischen verschiedenen Ausbildungssystemen sollten gefördert werden. Informelles Lernen würde anerkannt und validiert; ferner müssten niedrigschwellige, leicht verständliche Sprach- und Computerkurse in- und außerhalb der Betriebe organisiert werden. Unter Berücksichtigung ihrer Verschiedenheit und unterschiedlichen Größe würden die Unternehmen umfassende Qualifikationsstrategien entwickeln und so ihrem gesamten Personal die Möglichkeit bieten, sich fortzubilden und neue Qualifikationen zu erwerben. Staatliche Stellen können durch steuerliche Förderung oder sonstige Instrumente für die Unternehmen bessere Anreize für Investitionen in ihre Arbeitskräfte schaffen. Sie sollten aber auch verstärkte Anreize für die Arbeitnehmer schaffen, zum Beispiel durch Einführung eines Systems individueller Lernkonten. Solche Lernkonten würden es den Arbeitnehmern ermöglichen, in Zusammenarbeit mit ihrem Arbeitgeber einen bestimmten Teil ihrer (Arbeits-)Zeit oder einen be-

stimmten Geldbetrag in ihre persönliche Entwicklung zu investieren.

Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollten eindeutig unterscheiden zwischen jenen Arbeitssuchenden, die qualifiziert genug sind, und jenen, die sich stärker qualifizieren müssen. Die erste Gruppe kann man in erster Linie bei der individuellen Stellensuche unterstützen. Bei der zweiten Gruppe sollten sich aktive Arbeitsmarktmaßnahmen jedoch auf angemessene Fortbildungsangebote konzentrieren, die sich zur Verbesserung der Aufstiegschancen dieser Personen eignen und vor allem darauf abzielen, sie nicht möglichst schnell, sondern nachhaltig in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Die Systeme der sozialen Sicherheit sollten Anreize für gering qualifizierte Leistungsempfänger bieten; die Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen müssen so konzipiert sein, dass sich die Aufnahme einer Arbeit lohnt, gegebenenfalls durch Gewährung zusätzlicher Leistungen oder durch ein graduelles Auslaufen derselben. Auf diese Weise würde ein Beitrag zur Bekämpfung des Problems geleistet, dass Menschen zwar Arbeit haben, aber dennoch in Armut leben. Ferner könnten dadurch die Lohnnebenkosten gering qualifizierter Arbeitnehmer verringert werden.

Dort, wo die *Sozialpartnerschaft* nicht stark entwickelt ist, könnte der soziale Dialog wiederbelebt werden, indem man neue Fragen in die Diskussion einbringt, zum Beispiel zu den Themen Forschung und Entwicklung, Innovation sowie Bildung und Qualifikationen.

Zu der Abfolge und *Finanzierung* von Flexicurity-Maßnahmen: Zunächst einmal sollten Maßnahmen zur Verbesserung der Grundbildung durchgeführt werden, die aber Zeit brauchen, um Wirkung zu entfalten. Bessere Angebote für betriebliche Fortbildungsmaßnahmen setzen private Investitionen voraus, die durch staatliche Anreize zu fördern wären. Wirksame aktive Arbeitsmarktmaßnahmen und Strategien im Bereich der sozialen Sicherheit müssen die Einstellung Geringqualifizierter attraktiver machen.

Quelle: http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/pdf/flex_comm_de.pdf

22. September. Berlin. *Bundesweite Demonstration „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn“.* Beginn 14 Uhr, Pariser Platz. Aufruf unter www.vorratsdatenspeicherung.de

28./29. September. *72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.*

29./30. September. Hamburg. *Landesparteitag DIE Linke.* Wahl der Landesliste für die Bürgerschaftswahl 2008.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. *2. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.*

4./5. Oktober. Berlin. *Konferenz: Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz.* Veranstalter: ai, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCCHR), Holtfort-Stiftung. Noch sechs Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York ist die Innenpolitik der europäischen Regierungen vom Paradigma der Terrorismusbekämpfung dominiert. In dem zeitlich und regional unbegrenzten "Krieg gegen den Terror" verschwimmen die Grenzen zwischen Polizei- und Strafrecht, als klassischen Gebieten der Innenpolitik, und militärischen Einsätzen, traditionell Maßnahmen der Kriegs- und Außenpolitik. Menschenrechte werden dabei immer wieder verletzt. Die Veranstalter wollen die jüngsten Entwicklungen im Bereich des "Kampfes gegen den Terror" thematisieren und die Menschenrechtsverstöße in diesem Bereich benennen und diskutieren. Anmeldungen erforderlich in der Geschäftsstelle des RAV: RAVeV@t-online.de, Tel: 030 41723555, Fax: 030 41723557.

Freitag, 12. Oktober, Fulda. *17 Uhr. Arbeitsausschuss Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften: Vorbereitung der Konferenz am 2. Dezember.*

18. bis 21. Oktober. Cottbus. *2. Sozialforum.* Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur. Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre. Näheres: www.sozialforum2007.de.

20./21. Oktober. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. *Landesparteitage Die Linke.*

26 bis 28. Oktober. Hamburg. *SPD-Bundesparteitag.* Vorstandswahlen und Beschluss über ein neues Programm.

2. bis 4. November. Hamburg. *Energiepolitische Konferenz der Fraktion der Linkspartei im Bundestag*

4. bis 10. November. Leipzig. *21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall mit Vorstandswahlen.*

7. bis 9. November. Potsdam. *Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung.* Nähere Info: www.bagw.de.

9./10. November. Hannover. *Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist.* Konferenz der Partei Die Linke.

23. bis 25. November. Hamburg. *1. Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke.*

Hinweis:

Ab 27. September ist der **GNN Verlag in Köln** unter folgender Adresse zu erreichen:

Venloer Straße 440 (Toskana-Passage)
50825 Köln.

Telefon, Fax und E-Mail wie bisher.

23. bis 25. November. Nürnberg. *Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz.*

23. bis 25. November. Prag. *II. Kongress der Europäischen Linkspartei.*

24. November. Berlin. *Beratung der BundesAG Kommunalpolitik der Partei Die Linken.*

2. Dezember. Frankfurt. *Mitgliederversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*, siehe Einladung auf Seite 18.

2. bis 4. Dezember. Hannover. *CDU: 21. Parteitag* (Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms)

13. Januar. Berlin. *Liebknecht-Luxemburg-Gedenken.*

21. Mai 2008. Osnabrück. *97. Deutscher Katholikentag.*

24./25. Mai. Ort noch offen. *1. Parteitag der Partei Die Linke.*

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html